

5711
DUPLICATE
HOOPER LIBRARY



LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 21

BERLIN, DEN 24. MAI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Eine unaufschiebbare Aufgabe / Bela Kun: Die theoretische Umrüstung
der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie / J. Humbert-Droz:
Der Lyoner Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs / O. Pjatnitzki:
Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organi-
sationsarbeit der KI-Sektionen / Bücher- und Zeitschriftenschau

o bnd o bnd

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 21

24. MAI

I N H A L T

	Seite
Eine unaufschiebbare Aufgabe	993
Bela Kun: Die theoretische Umrüstung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie	997
Humbert-Droz: Der Lyoner Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs. April 1927	1010
Pjatnitski; Die Errungenschaften, die Mängel und die nächsten Aufgaben der Organisationsarbeit der KI-Sektionen	1020
Heller: Das ausländische Kapital in China	1032
Al. Bad: „Cultura Proletara“	1043

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	„ 0,40
Postabonnement monatlich	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich	„ 1,25
Postabonnement Quartal	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHN BLEY
HAMBURG BERLIN

EINE UNAUFSCHIEBBARE AUFGABE

Nach den Worten von Seymour Cox sagt Mister Baldwin voraus, daß die Kampagne gegen den Kommunismus im Jahre 1928 ihren Höhepunkt erreichen werde. Baldwin muß es natürlich wissen. Gleichzeitig bezeugen alle Ereignisse, daß die Kampagne gegen den Kommunismus sich mit rasender Schnelligkeit entwickelt, und es ist sehr möglich, daß sie noch vor Ablauf dieses Jahres ihren Kulminationspunkt erreicht haben wird.

Die blindwütige Kampagne gegen den Kommunismus geht Hand in Hand mit der Fortsetzung der Intervention in China und mit der Vorbereitung neuer Kriege, vor allem eines Krieges gegen die Sowjetunion. Man kann unumwunden Seymour Cox zustimmen, daß der Angriff auf die Arbeiter nur eine Giftgaswolke ist, hinter der die Vorbereitungen für einen Weltkrieg vor sich gehen (siehe „Lansburys Weekly“ vom 7. Mai). Es muß nur noch hinzugefügt werden, daß die gleiche Politik nicht allein in England, sondern auch in den meisten europäischen Ländern zu beobachten ist, wobei sich die Trennungslinie zwischen dem faschistischen Italien und den sogenannten demokratischen Ländern mit erstaunlicher Schnelligkeit verwischt.

Die Koalition der dunklen Mächte in Frankreich beschränkte sich keinesfalls darauf, auf Veranlassung und unter tätiger Beihilfe der Sozialisten ihr Mustergesetz über die Kriegsmobilisierung durchzuführen. Poincaré-la guerre will sich nicht bis zu dem Augenblick gedulden, wo die Mobilisierung durchgeführt sein wird. Er nimmt bereits heute seine Tätigkeit auf. In Frankreich läßt sich heute ein rasender Ansturm auf die Kommunisten beobachten, der sich sowohl gegen die kommunistischen Abgeordneten als auch gegen die Führer der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaften richtet. Es werden aus den Aktenschränken alte, längst vergessene Gerichtsurteile hervorgeholt, um in diesen unruhigen Zeiten die „schädlichsten“ und verantwortungsvollsten Führer, die Vorhut des französischen Proletariats in sicherem Gewahrsam zu halten. Währenddessen betreibt die Presse eine wütende Kampagne gegen die kommunistische Bewegung, und die französischen Gerichte bemühen sich um die Inszenierung von Sensationsprozessen, die unverhüllt darauf zugeschnitten sind, die patriotischen Gefühle gegen die ehrlichen und konsequenten Feinde des Imperialismus und Militarismus neu zu entfachen.

Zur selben Zeit, da die französische Bourgeoisie damit beschäftigt war, antikommunistische Prozesse aufzuziehen, arbeitete die deutsche Bourgeoisie eifrig daran, den faschistischen Aufmarsch gegen Berlin mit möglichst großem Pomp aufzuziehen. Hindenburg und Scheidemann waren gleichzeitig bemüht, mit Hilfe von „grandiosen Demonstrationen“ des Stahlhelms der ganzen Welt kundzutun, daß Deutschland sich erholt habe, und daß es wieder davon träume, den ihm gebührenden Platz an der Sonne der imperialistischen Räubereien einzunehmen.

Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß das englische Gesetz gegen die Gewerkschaften, das mit Recht die „Magna Charta der Streikbrecher“ genannt wird, ein Glied in derselben Kette des antikommunistischen Kampfes

bildet, der nach Baldwins Prophezeiung im Jahre 1928 seinen Höhepunkt erreichen soll.

Von diesem organisierten internationalen Feldzug, in dem die innere Reaktion sich offen mit der militaristischen Politik verbindet, hebt sich mit erstaunlicher Deutlichkeit die widerwärtige Verräterrolle der II. Internationale ab, die sich redliche Mühe gibt, ihren Gebietern den Sieg zu erleichtern. In Frankreich fand das militaristische Gesetz, das als Signal zum Feldzug gegen die Kommunisten diente, die Zustimmung der gesamten sozialistischen Fraktion in der Kammer, und an der Ausarbeitung dieses Gesetzes beteiligten sich aktiv und eifrig der nach Ruhm dürstende Millerand sowie der genügend bekannte Führer der französischen Sozialisten Paul Boncour. In Deutschland stand der faschistische Aufmarsch unter dem Schutz der preußischen sozialdemokratischen Regierung, die zynisch genug war, unter dem Deckmantel von Demokratie und Freiheit als bewaffnete Beschützerin der faschistischen Reaktion aufzutreten. In England aber lieferten die Helden der II. Internationale der Baldwin-Regierung das ganze notwendige politische Rüstzeug zur Durchführung der „Streikbrechercharta“.

Es unterliegt zugleich keinem Zweifel, daß das offene Bündnis zwischen der militaristischen Reaktion und der II. Internationale zur Aufhellung des Bewußtseins der proletarischen Massen beiträgt, die ungeachtet der eifrigen Bemühungen der Reformisten aller Schattierungen und Nuancen geschlossen in Aktion treten und die Einheitsfront unter den Kampflosungen der kommunistischen Parteien verwirklichen.

Von diesem Standpunkt aus verdient die letzte Maidemonstration besondere Beachtung. Die II. Internationale sabotierte die Maifeier in ausnahmslos allen Ländern. Die englische Labour Party arbeitete offen daran, die Arbeiter von den Straßendemonstrationen abzulenken, und sie organisierte Parallelversammlungen in den Vororten, um die erfolgreiche Durchführung der Massenkundgebung im Hydepark und der Straßendemonstrationen zu verhindern. In Deutschland und Frankreich setzten die sozialistischen Parteien dem Ansinnen, den 1. Mai zu einer wirklich ernsthaften Demonstration zu benutzen, offenen Widerstand entgegen. Und die II. Internationale als solche — in Gestalt ihres Vollzugsausschusses — nutzte die Maikundgebungen zu wilden, böswilligen Angriffen auf die Sowjetunion aus. Indessen verlief die Maifeier allüberall unter großer Begeisterung. Der „Vorwärts“ mußte notgedrungen eingestehen, daß bei der Demonstration die revolutionären Fahnen in der Mehrzahl waren und daß die Plakate sich zuweilen unmittelbar gegen die Sozialverräter wandten. Der „Daily Herald“ war von dem Erfolg der Demonstration im Hydepark so betrübt, daß er es für nötig hielt, sie in seinen Provinzaufgaben mit ganzlichem Schweigen zu übergehen. In einer ganzen Reihe anderer Länder, mit Einschluß derjenigen, die unter dem Druck des Faschismus stehen, fanden die Arbeiter Mittel und Wege, sich dem allgemeinproletarischen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion anzuschließen, indem sie sich mit der chinesischen Revolution und mit der ersten Republik der Arbeit solidarisch erklärten.

Der Faschistenzug gegen Berlin kann und muß im Lichte der Schlußfolgerungen und Endergebnisse der Maikundgebungen betrachtet werden.

Der Zug der deutschen Faschisten gegen Berlin stand unter dem Protektorat Hindenburgs und unter dem Schutze der Sozialdemokraten, die nicht nur die antifaschistischen Gegendemonstrationen der Kommunisten verboten, sondern auch ernstliche militärische und polizeiliche Maßnahmen trafen, um solchen Demonstrationen vorzubeugen. Das deutsche Proletariat fand indessen Mittel und Wege, um den Faschistenzug in eine Demonstration des Hasses der proletarischen Massen gegen Faschismus und Militarismus zu verwandeln. Der 8. Mai wird in der Geschichte Deutschlands nicht als Tag des Faschistentriumphes verzeichnet sein, sondern als Tag des erfolgreichen Aufgebots der proletarischen Kräfte zum Kampfe gegen den Faschismus, und das unter dem Banner und der Leitung der Kommunistischen Partei.

Die Maidemonstrationen haben ebenso wie der 8. Mai gezeigt, daß der Abgrund zwischen den proletarischen Massen und den sozialdemokratischen Führern sich immer mehr vertieft. Dieser Gedanke findet seine Bestätigung in der Analyse der ersten Etappen der Kampagne im Zusammenhang mit der oben erwähnten „Streikbrechercharta“ in England.

Im Zusammenhang mit der Kampagne der reformistischen Führer gegen das Gewerkschaftsgesetz definierte der reaktionäre Minister für Indien, Lord Birkenhead, das Verhalten der Regierung gegenüber den „Drohungen“ der Herren Hicks, Henderson und Citrine folgendermaßen:

„Beruft ihr nur eure Meetings ein, schreit aus vollem Halse, bringt eure Reden vor, entfaltet eure roten Fahnen — und wenn ihr diese Arbeit getan habt, wird das Gesetz vom Parlament angenommen.“

Wie zur Rechtfertigung all dieser Verachtung, von der die Rede dieses frechen Fossils durchdrungen ist, brachten einige „linke“ Mitglieder der Parlamentsfraktion folgenden Vorschlag zur Beratung innerhalb der Parlamentsfraktion der Labour Party ein:

„Um die Aufmerksamkeit auf den brutalen Charakter des Gewerkschaftsgesetzes zu lenken, verpflichten sich die Mitglieder der Labourfraktion, während sechs Monaten nach Durchbringung dieses Gesetzes sich den Genuß alkoholischer Getränke und des Tabaks zu versagen, um den Arbeitern, die sie zur Nacheiferung aufrufen, ein Beispiel zu geben.“

Unter dieser Resolution prangen neben anderen auch die Namen Lansbury und Wallhead. Und ein anderes Mitglied der Labour Party, Tull, bringt eine „Woche der Selbstbeschränkung“ in Vorschlag, um auf diese Weise Geldmittel zur Fortführung der Kampagne gegen das Gewerkschaftsgesetz zusammenzubringen. Solche „Kämpfer“ verdienen vollkommen den Ton, den der Minister für Indien ihnen gegenüber anschlägt. Durchaus am Platze ist auch der warnende Hinweis des Lord Birkenhead, daß die heutigen Festungswerke sich stark von den Mauern Jerichos unterscheiden, die der Sage nach vom Posaunenschall umgeworfen wurden. Die heutigen Bollwerke des Kapitalismus sind nicht nur gegen Posaunenschall, sondern auch gegen solche „heldenhafte“ Kampfmethoden gesichert, wie die „Selbstbeschränkung“, der Verzicht auf Alkohol usw.

Der Kampf gegen die Charta der Streikbrecher überschreitet indessen bei weitem die Grenzen, die ihm der reformistische Stab der englischen Arbeiterbewegung gezogen hat. Am 29. April verzichtete die Konferenz der Vollzugsausschüsse gemeinsam mit den Führern der Labour Party auf die Beratung des Vorschlags zur Bekämpfung des Gesetzes mit Hilfe des Generalstreiks. Gossip, der den Vorschlag einbrachte, durfte nicht einmal das Wort

ergreifen. Der „linke“ George Hicks, der in dieser Konferenz den Vorsitz führte, verhinderte auch die Beratung der chinesischen Frage. Genau einen Tag später führte Gossip den Vorsitz in einer von der Minderheit einberufenen Konferenz, in der 446 Delegierte von 245 Organisationen den Beschluß faßten, den Generalstreik vorzubereiten, und in klaren Worten ihrem Protest gegen die Intervention in China Ausdruck verliehen. Zwei Tage später wurden von der Maikundgebung im Hydepark und von dem grandiosen Meeting in der Albert-Hall ähnliche Resolutionen angenommen. Wir besitzen heute nachträgliche Mitteilungen über eine Reihe von Konferenzen, die in der ersten Maiwoche stattfanden, und die von größerem Schwung beseelt und von größerem Erfolg begleitet waren als die oben erwähnte Konferenz vom 30. April.

Birkenhead verhöhnte und verspottete den vom Generalrat organisierten Versammlungsfeldzug; anders jedoch klingen die Reden der Erzreaktionäre, wenn sie sich auf die Kommunisten und Revolutionäre beziehen. Der „Friedensstifter“ Baldwin behauptete bei der Schilderung der Unerläßlichkeit des neuen Gesetzes, daß in manchen Verbänden die Macht allmählich in die Hände der Minderheit übergehe und daß diese Bewegung während des Generalstreiks eine große Rolle gespielt habe. Die Bonzen gaben ihrer Entüstung über diese Aeußerung stürmischen Ausdruck. Die Erklärung Baldwins versetzte ihrer Eigenliebe einen Schlag. Hatte ihnen doch Baldwin im wesentlichen gesagt, daß das Ende ihrer Herrschaft nahe sei. Es besteht indessen kein Zweifel, daß Baldwin die Wahrheit gesagt hat. Die alten Bürokraten halten die Macht noch fest in der Hand, aber die Arbeiterbewegung lenkt immer deutlicher erkennbar in neue Bahnen ein. Das ist der Hauptgrund für die Beunruhigung der Konservativen.

In allen Ländern beobachten wir gegenwärtig die erfolgreiche Anwendung und Verwirklichung des Prinzips der Einheitsfront unter der Leitung der kommunistischen Bewegung, der Einheitsfront gegen die blindwütige militaristische und kapitalistische Reaktion. Diese Front wird von unten her verwirklicht, und zwar gegen den verbissenen Widerstand aller Führer, sowohl der rechten als auch der linken. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien besteht eben darin, mit noch größerer Energie und Beharrlichkeit die Anwendung dieser Taktik fortzusetzen, die desto fühlbarere Resultate zeitigen wird, je mehr die Arbeiterklasse von dem Bewußtsein der großen Bedeutung des gegenwärtigen Krieges gegen China und der verbrecherischen Rolle der Sozialreformisten durchdrungen sein wird, die nicht nur die Kriegsvorbereitungen verheimlichen helfen, sondern auch aktiv sowohl am gegenrevolutionären Krieg gegen China, wie auch an der reaktionären und faschistischen Politik der herrschenden Klassen mitwirken, einer Politik, die gleichzeitig gegen die dringlichsten Interessen der Arbeitermassen und gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Der Zusammenarbeit der Faschisten und der II. Internationale werden wir die breit entfaltete Massenfront unter der Führung der Kommunisten entgegensetzen. Darin besteht die unaufschiebbare Aufgabe, die von der gegenwärtigen Lage diktiert wird. Die Reformisten „repräsentieren“ Millionen von Arbeitern, solange die Arbeiter schweigen. Wenn aber die Arbeiter zu Taten übergehen, handeln sie nicht nach den Anweisungen der Sozialverräter, sondern wie Söhne der revolutionären Klasse. Also bilden

Massenaktionen eine günstige Basis für die richtige und erfolgreiche Organisierung der Einheitsfront.

Im wesentlichen hat Birkenhead recht. Mit Meetings allein sind die Bollwerke des Imperialismus und Faschismus nicht zu überwinden. Die englischen Arbeiter begreifen allmählich die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit entschiedenerer Aktionen im Kampfe gegen die Erzreaktionäre. Der Generalstreik ist wieder zur Diskussion gestellt und die Generalstreikparole findet einen immer weiter verbreiteten Widerhall. Die Kundgebungen gegen den Stahlhelmtag in Deutschland sind ebenfalls ein Zeichen für die Aktivität der Massen. Auch in einer Reihe anderer Länder reifen Massenaktionen heran. Diese Bewegung wird nur dann zu einem machtvollen Kampfmittel gegen die blutige Intervention in China und den offen sich vorbereitenden Krieg gegen die Sowjetunion werden, wenn es den kommunistischen Parteien gelingt, diese Bewegung unbeirrbar gegen die triumphierende faschistische Reaktion anzuführen. Es liegt in der Hand der kommunistischen Parteien, den von Baldwin so sorgfältig vorbereiteten Höhepunkt des Kampfes gegen den Kommunismus in einen Kulminationspunkt des anwachsenden revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus und Kapitalismus zu verwandeln.

P. S. Der Aufsatz war bereits im Druck, als die Nachricht von dem Ueberfall der Gendarmen des Friedensstifters Baldwin auf die Handelsvertretung der USSR in London eintraf. Die Reaktionäre provozieren offenkundig die USSR. Der sozialistische Staat wehrt sich mit erstaunlicher Standhaftigkeit gegen die Provokationen der englischen Räuber und hält das Friedensbanner hoch. Aber die Dunkelmänner erstreben beharrlich den Krieg. Die Sache des Friedens liegt jetzt in der Hand des internationalen Proletariats, das allein einen Weltkrieg verhindern kann. Besonders groß ist die Verantwortlichkeit des englischen Proletariats.

B E L A K U N :

DIE THEORETISCHE UMRÜSTUNG DER DEUTSCHEN UND ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Der deutsche Imperialismus bläst noch nicht die Kriegsposaunen im Konzert der rüstenden imperialistischen Mächte. Die Kräfte der aus einem Fetzen der Habsburger Monarchie entstandenen Republik Oesterreich gestatten das noch weniger. Beide Länder spielen vorläufig die Rolle des Kriegslieferanten, des Kriegsindustriellen. Der neuerwachte deutsche Imperialismus fordert aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, ja sogar militärisch für sich einen Platz in der Reihe der zum Kriege rüstenden imperialistischen Staaten, und Oesterreich lenkt schon jetzt das Interesse der imperialistischen Mächte auf sich als ein wichtiges Aufmarsch- und Etappengebiet.

In dem Maße, wie die Kapitalisten der beiden verwandten Länder der

Vorderlinie der im Entstehen begriffenen imperialistischen Front näher-rücken, steigern auch die miteinander in enger Bruderschaft lebenden sozialdemokratischen Parteien der beiden Länder ihre theoretische Um-rüstung zum Kriege. Die Bourgeoisien und die sozialdemokratischen Parteien halten miteinander Schritt in der auf Vorbereitung des Krieges gerichteten Arbeit. Die deutsche Bourgeoisie beteiligt sich an der Vorbereitung des Krieges in erster Reihe durch Vervollkommnung der Kriegswaffen, der Technik des chemischen Krieges. Die österreichische Industrie setzt mit Hilfe des englischen Kapitals ihre zu Alteisen gewordenen Waffen- und Munitionswerke wieder in Bereitschaft, und die Wagen ihrer Eisenbah-nlinien werden mit Kriegsgeräten gefüllt, die für den Krieg gegen die Sowjet-union bestimmt sind. Auch die deutsche und die österreichische Sozialdemo-kratie bleiben inzwischen nicht untätig. In Uebereinstimmung mit der auf die Vorbereitung des Krieges gerichteten Tätigkeit ihrer Bundesgenossen ent-wickeln sie gemäß den geänderten Verhältnissen und vervollkommen — wo dies notwendig ist — die Theorien, mit deren Hilfe sie die Arbeiter-klasse schon einmal in den Dienst des imperialistischen Krieges gestellt haben. Sie setzen fort, entwickeln und vervollkommen ihre in der II. In-ternationale entfaltete Theorielieferantentätigkeit.

Sie liefern die Theorie zu der praktischen, auf Vorbereitung des Krieges gerichteten Tätigkeit der sich um die Theorie nicht viel kümmernden eng-lischen und der ebenfalls grob empirischen französischen Sozialdemokraten, aber auch für die eigene Bourgeoisie lassen sie ihren Sozialchauvinismus in die Blüte schießen.

I. Die Methode der Kriegsvorbereitung in der Nachkriegszeit

Die Rolle der Sozialdemokratie und besonders der deutschen und öster-reichischen Sozialdemokratie hinsichtlich der Vorbereitung des neuen im-perialistischen Weltkrieges, weist gewisse Unterschiede auf gegen-über der Rolle, die sie vor 1914 gespielt haben. Während des Krieges schrieb noch Lenin in einem seiner Artikel:

„Im Verlauf der letzten Jahrzehnte war für die Sozialdemokratie Rußlands sogar mehr wie für die Sozialdemokratie der ganzen Welt die deutsche Sozialdemokratie mustergültig. (Lenin: Der tote Chauvinismus und der lebende Sozialismus. Lenin und Sinowjew: „Gegen den Strom“, deutsche Ausgabe, S. 20.)

Trotzdem Lenin sowohl die deutsche wie die österreichische Sozialdemo-kratie schon geraume Zeit vor dem Kriege in bezug auf ihre Theorie, wie auf ihre politische Praxis wiederholt scharfer Kritik unterzogen hat, war für ihn, wie die Verfasser von Erinnerungen an ihn es verzeichnen, die Hal-tung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August gewissermaßen eine Ueberraschung. Es kam trotz allem so unterwartet, daß er die Nachricht von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion für die Kriegskredite mehrere Stunden lang für eine Fälschung der bürgerlichen Presse hielt. „Wie jede Krise, hat der Krieg die tiefverborgenen Gegensätze zugespitzt und sie offenbart, hat alle heuchlerischen Hüllen zerrissen, alle Konvention abgestreift“, sagt Lenin daselbst, — es mußte aber „die größte historische Krise, der Beginn einer neuen Epoche kommen“, damit der Op-portunismus wie im Sprung zum reinen, ausdrücklichen und trotz allen Be-

mühungen unmaskierbaren Sozialchauvinismus sich entwickelt. Die Sozialdemokratien der Nachkriegszeit werden bei Ausbruch eines neuen Krieges nicht die geringste Ueberraschung bringen. Ihre Beteiligung an der Vorbereitung des Krieges schließt es aus, daß jemand von ihrer Stellungnahme beim Kriegsausbruch überrascht wird.

Der Sozialchauvinismus hat sich in keinem Lande zu dem lammfrommen Opportunismus zurückentwickelt. Zu jener Sorte des Opportunismus — dem Sozialpazifismus, der sich einerseits aus dem die „Demokratisierung“ des Kapitals verkündenden Revisionismus (Bernstein) und andererseits aus der Ablehnung der Auffassung, daß der Imperialismus eine unvermeidliche Etappe des Kapitalismus sei, nährte (Kautsky). Der Sozialpazifismus ist im Kriege und nach demselben unter den zahlreichen Schlägen der immer schleunigeren Kapitalkonzentration, der zunehmenden Entgeignung der kleinbürgerlichen Massen und der anderen Tatsachen der imperialistischen Entwicklung zusammengebrochen. Die zweite Art des Opportunismus, jener Opportunismus, der sich zu dem bis zu den Gasangriffen ganz konsequenten Sozialchauvinismus entwickelt hat, der Opportunismus, der die restlose, vorbehaltlose und unverhüllte Solidarität mit dem eigenen Imperialismus verkündet, ist nach dem Kriege die herrschende Ideologie der Sozialdemokratie geworden. Die Nachkriegsentwicklung der Sozialdemokratie setzte ihren Gang bei jenem Ausgangspunkt fort, den die Kriegskrise geschaffen hat, als sie den Sprung des Opportunismus zum Sozialchauvinismus auslöste, von welchem Punkt an sie tatsächlich vorbehaltlos mit der eigenen Bourgeoisie marschierte. Nachdem sie dann nach dem Kriege noch durch das Feuer der Konterrevolution gegangen ist, haben die verschiedenen Richtungen der Sozialdemokratie, die nach dem Kriege eine kurze Weile noch versuchten, von dem vereinten Schlag gegen die proletarische Revolution scheinbar getrennt zu marschieren, sich vollständig zusammengeschweißt, indem der Sozialchauvinismus bis zum Gaskrieg seinen vollen Sieg feierte.

Beide sozialdemokratischen Parteien — die deutsche und die österreichische — sind als Vertreter der „reinen Demokratie nach dem Kriege zum Kristallisierungspunkt der gesamten, gegen die proletarische Revolution auftretenden konterrevolutionären Kräfte geworden. Sie wurden dadurch die staatserschaltenden, staatsrettenden Parteien. Kautsky hat erst während des Krieges den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens in eine feste Form gegossen. „Die praktische Frage lautet nicht mehr Krieg oder Frieden, sie heißt: Sieg oder Niederlage des eigenen Landes“, schrieb er im vierten Monat des Krieges. Jetzt aber, nach dem Kriege, beteiligen sich beide sozialdemokratischen Parteien, die deutsche und die österreichische, als staatsbejahende Parteien offen an der Vorbereitung des Krieges. Die Staatsbejahung der Vaterlandsverteidigung hat nämlich die Zeit überlebt, wo es sich um die Frage „Sieg oder Niederlage des eigenen Landes“ handelte. Sie überlebt sogar die Zeit, wo laut Noske die Aufgabe „in der Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung“ bestand, da „sonst überhaupt kein staatliches Leben möglich war“. Die Staatsbejahung lebt auch jetzt, wo die Aufgabe der Konterrevolution gerade in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges besteht, und wo die Konter-

revolution sich statt der „reinen Demokratie“ den Faschismus zum Kristallisierungspunkt wählt. Sie ist auch für die Zeit unversehrt bestehen geblieben, wo der neuerwachte deutsche Imperialismus schon an einen neuen Krieg, an Kolonien und Eroberungen denkt. Unter der Parole der Staatsbejahung hat sie alle Phasen des deutschen Kriegs- und Nachkriegsimperialismus durchgemacht und macht sie auch weiter durch.

In Deutschland, wo auf dem Boden des Bürgerblocks der Faschismus jetzt als die — neben dem Reformismus — zweite staatsbejahende Organisation funktioniert und weiter evolutioniert, ist diese Entwicklung der Sozialdemokratie in „Reinkultur“ ersichtlich. Die österreichische Sozialdemokratie, die auf dem Boden eines Landes wirkt, wo „nur hier und da“ Proletarier von Faschisten niedergeschossen werden, weist nicht ein so klares Bild dieses Zustandes auf. Hingegen ist es gerade der „Militärtheoretiker“ der österreichischen Sozialdemokratie — Julius Deutsch — der in einer seiner neuesten Schriften, die „Mitverantwortung der deutschen Sozialdemokratie für den Staat“, an dessen Spitze die Vertreter des „trockenen“ Faschismus, Hindenburg und die Bürgerblockregierung stehen, bzw. in der Richtung der Vorbereitung des Krieges vorwärtsstürmen, besonders betont.

„Die Republik Deutschland — schreibt Julius Deutsch — ist, wie gesagt, heute nicht einmal als bürgerliche Demokratie vollendet, noch haften dem neuen Staatswesen reichliche Schlacken der Vergangenheit an. Aber alle Einschränkungen, die wir machen müssen, sollen uns nicht über die offenkundige Tatsache hinwegsehen lassen, daß die Republik Deutschland, so wie sie ist, einen Boden darstellt, auf dem die proletarische Partei stehen und erfolgreich wirken kann. Die staatsbejahende Haltung der Sozialdemokratie verlangt aber auch eine positive Stellungnahme zu den Machtinstrumenten des Staates. Man kann unmöglich den Staat bejahen, aber ihn zugleich jedes Machtinstrumentes zu berauben suchen. Es ist wohl möglich — und sogar sehr nützlich — sich darüber auseinanderzusetzen, wie die Machtinstrumente des Staates beschaffen sein sollen, aber außer aller Frage ist es, daß der Staat eine Möglichkeit besitzen muß, dem Staatswillen nach innen wie nach außen hin Geltung zu schaffen.“ (Julius Deutsch: „Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Verlag I. H. W. Dietz, Nachf., Berlin, 1926.)

Die Stellung der Sozialdemokratie der Nachkriegszeit zum Kriege, zum Militarismus, wird also nicht durch den veralteten Opportunismus bestimmt, dessen eitriges Geschwür durch die Kriegskrise zum Platzen gebracht wurde. Ja nicht einmal durch die „Vaterlandsverteidigungs“-Ideologie der Kriegszeit oder durch die Kriegerscheinungen des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft. Das Verhältnis der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie zum imperialistischen Krieg und zur Vorbereitung desselben wird dadurch ausschlaggebend bestimmt, daß sie nach dem Kriege, zur Zeit der unmittelbar revolutionären Situation, Kristallisierungspunkt aller konterrevolutionären Elemente, Verteidiger der bürgerlichen Demokratie gegenüber der proletarischen Revolution und ein wesentlicher Faktor in der Herbeiführung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus waren. Nachdem der Kapitalismus mit ihrer Hilfe eine relative Stabilisierung erzielt hat, mußte die Sozialdemokratie die Rolle eines freiwilligen Retters des mit der Nachkriegskrise ringenden imperialistischen Kapitalismus gegen eine andere Rolle, — die Rolle des ideologischen

Waffenschmiedes und des Menschenmateriallieferanten für die an der Vorbereitung des Krieges arbeitenden Imperialisten eintauschen. Daraus folgt — wie wir sehen werden — ihre allerdings späte, doch zeitgemäße Entdeckung, daß der Marxismus keine pazifistische Lehre ist, genau so wie ihr auf dem Ultraimperialismus fußender „realer Pazifismus“. Infolge der Angst der Retter des Kapitalismus vor der Revolution hält es Julius Deutsch für notwendig, daß die Hindenburg-Republik und ihre Bürgerblockregierung die Möglichkeit besitzen, dem Staatswillen „nach innen und außen hin Geltung zu verschaffen“. Derselbe Wunsch, den Kapitalismus zu retten, führt einen der ausgesprochensten Sozialpatrioten des verflorenen Krieges, einen Sozialpatrioten mit schwachen Nerven, Eduard David, zum Pazifismus. Sein Pazifismus besteht sonderbarer Weise darin, daß er die sich zum imperialistischen Krieg vorbereitenden Imperialisten mit der Weltrevolution „schrecken“ will, indem er schreibt:

„... Ein neuer Weltkrieg führt zwangsläufig zur proletarischen Weltrevolution (unterstrichen von David). Dieses ursächlichen Zusammenhanges sollte sich jeder denkende Politiker bewußt sein. Ist es in den Jahren 1918/20 mit Mühe und knapper Not gelungen, die bolschewistische Revolution abzugrenzen und in Deutschland einen sozialdemokratischen Schutzdamm aufzuwerfen, so würde ein zweiter Weltkrieg alsbald soziale Erdbeben und Explosionen auslösen, bei denen die derzeitigen Staatssysteme des europäischen Zentrums und Westens wie Kartenhäuser in sich zusammenstürzen.“ (Eduard David, Reichsminister a. D.: „Die Befriedung Europas“, Verlag Hensel und Co., Berlin, 1926.)

So ist die eigentliche Quelle des „Pazifismus“ der Kriegsvorbereiter die Furcht vor der Revolution. Die Umwandlung des die II. Internationale zernagenden Opportunismus der Vorkriegszeit in einen Sozialchauvinismus hat sich in der Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges offenbart. Die weitere Wandlung des schon zum Sozialchauvinismus gewordenen, um die Erfahrungen der Gegenrevolution bereicherten, mit Arbeiterblut besudelten Reformismus der Nachkriegszeit offenbart sich darin, daß sich die Sozialdemokratie an der Vorbereitung des Krieges beteiligt — ausdrücklich beteiligt. Sie wartet nicht, bis sie vom imperialistischen Krieg mitgerissen wird. Sie bereitet ihn und sich auf diesen vor. Sie schmiedet neue, moderne, der Strategie und Taktik des neuen Krieges angepaßte Waffen neben dem Faschismus.

II. In die Rumpelkammer mit den veralteten Parolen!

Im neuen imperialistischen Krieg wird — es ist dies schon ein Gemeinplatz — die Rolle der Technik und demzufolge des Hinterlandes bedeutend größer sein, als sie im verflorenen Krieg war. Das bedeutet keinesfalls, daß sich die Bedeutung des den Krieg speisenden „Menschenmaterials“ verringert. Im Gegenteil, der maschinisierte und chemisierte Krieg stellt sowohl an der Front als besonders im Hinterlande viel größere intellektuelle und moralische Ansprüche an den „Mann“, als das früher der Fall war. Auch die Verbindung zwischen den Munitionswerken und der Front wird viel unmittelbarer sein. Die imperialistische Bourgeoisie braucht daher einen nicht schwankenden Reformismus, der Hand in Hand mit dem Faschismus und parallel mit diesem, mit größerer Intensität die „Opferbereitschaft“ der Arbeitermassen gegenüber dem Kriege sichert, als es die mit „Pazifismus“ infizierte Sozialdemokratie getan hat.

Die Vorbereitungsarbeit der Theoretiker der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie zum Kriege bewegt sich in dieser Richtung, besonders aus dem Grunde, weil die „Industrialisierung“ des Krieges nirgends so wichtig ist wie gerade in diesen Ländern, die durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain entwaffnet und deren Armee auf ein Minimalmaß beschränkt worden ist. Dementsprechend ist die Richtung ihrer im Zusammenhange mit dem Kriege entfaltenen theoretischen Tätigkeit: die Fragen der Vaterlandsverteidigung sind in „ein klares Licht zu rücken“, und es ist eine jegliche Vorbehalte und Schwankungen ausschließende Auffassung auszuarbeiten. Aus dem theoretischen Besitz, den die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit hinterlassen hat, muß also alles ausgemerzt werden, was die Präparierung der Arbeiterschaft für den imperialistischen Angriffskrieg beeinträchtigen, die Unterstützung des imperialistischen Krieges durch das Proletariat zu einer bedingten machen, die Betätigung der Arbeiterklasse an der Front und im Hinterlande im Interesse der Vorbereitung und Fortsetzung des Krieges durch „sozialistische“ Erwägungen stören könnte. Durch Vorbereitung des Krieges, durch Unterstützung des Militarismus schon im Frieden muß nicht nur der stockungslose Uebergang zum Kriege, sondern auch das Ziel gesichert werden, daß während des Krieges die Friedenshaltung der Sozialdemokratie, ihre Parolen aus der Friedenszeit keinen Anlaß zu unangenehmen, die ruhige Kriegführung störenden Erinnerungen, zu einer mit Hinweis auf ihre Parole im Frieden entfaltenen kriegsfeindlichen Agitation geben sollen. Diesem Ziele entsprechend haben die Theoretiker der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie den Standpunkt und die Parolen, die die Sozialdemokratie vor dem Kriege in der Frage von Krieg und Militär vertrat, einer theoretischen Revision unterzogen. Dadurch bringen sie ihre politischen Mittel der Friedens- und der Kriegszeit gewissermaßen einander noch näher und gleichen sie einigermaßen aus.

Der Militärtheoretiker der österreichischen Sozialdemokratie Julius Deutsch, „Staatssekretär für Heerwesen a. D.“, beginnt seine oben angeführte Schrift, deren Zweck die Förderung der auf die Vorbereitung des Krieges gerichteten Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie ist, mit einer Revision der Parolen der alten Sozialdemokratie „Nieder mit dem Militarismus!“ und „Keinen Mann und keinen Groschen für den Militarismus!“.

Beide Parolen fallen nun durch die Löcher des revisionistischen Siebes. Dieser geschworene Feind des „roten bolschewistischen Militarismus“ beginnt damit, daß er den Begriff des Militarismus in bezug auf die bürgerlichen Staaten einschränkt, indem er sagt:

„Wir verstehen unter Militarismus das Bestreben der Militärs, über ihr engeres Fachgebiet hinauszugreifen und anstatt dem Staate zu dienen, ihn zu beherrschen. Wo die zivile Verwaltung von militärischen Einflüssen nicht bewahrt ist, wo die Militärs eine gesellschaftliche Sonderstellung bekleiden und Vorrechte genießen, wo die Leitung des Staates unter dem Drucke militärischer Kommandostellen steht, dort gibt es einen Militarismus.“ (1 c., S. 33, Anmerkung.)

Der Verfasser gibt selbst zu, daß im „gewöhnlichen Sprachgebrauch“, also auch im Sprachgebrauch des Marxismus und auch der alten Sozialdemokratie, unter Militarismus auch etwas anderes verstanden wird. Auch der Kollege von Julius Deutsch, Otto Bauer, hat den Begriff des Militarismus seinerzeit anders bestimmt, als er den Militarismus

mus mit dem Begriff des Imperialismus und des bürgerlichen Klassenstaates verknüpfte. Die alte Sozialdemokratie hat im stehenden Heer des bürgerlichen Staates eine Verkörperung des Militarismus gesehen. Die These Otto Bauers war, daß der Imperialismus die „ungeheuren militärischen Machtmittel erfordert“. Ebenfalls hat Otto Bauer behauptet:

„Überall wird vom Arbeitslohn ein viel größerer Teil dem Militarismus (gesperrt von mir. B.K.) geopfert als vom Mehrwert... Es tritt an die Stelle des individuellen Konsums des Arbeiters der staatliche Konsum in Gestalt der Ausgaben für den Militarismus. (Gespart von mir. B.K. Otto Bauer: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, II. Bd., S. 476, Wien, 1907.)

Nachdem nun Deutsch die Auffassung dieser jedenfalls auf „wissenschaftliche Beurteilung“ Anspruch erhebenden Schrift Otto Bauers — die den Begriff des Militarismus nicht auf die Militärdiktatur oder wenigstens auf die Erscheinung des Strebens nach der Militärdiktatur beschränkt — in den Bereich des „gewöhnlichen Sprachgebrauchs“ verweist, bricht er natürlich der Parole: „Nieder mit dem Militarismus, dem Imperialismus“ die kriegsfeindliche Spitze ab. Er rechtfertigt schon von vornherein, daß das Proletariat jeden Krieg unterstützt, der nicht von Mussolini und natürlich nicht von den Bolschewiki geführt wird.

Der sozialdemokratische Parlamentskommissar des österreichischen Bundesheeres braucht diese Einschränkung — des Begriffes des Militarismus —, weil er auch die zweite alte sozialdemokratische Parole „Keinen Mann und keinen Pfennig für den Militarismus“ in die Rumpelkammer werfen will. Er bezweckt damit, daß die unter reformistischem Einfluß stehenden deutschen und österreichischen Arbeitermassen den deutschen Imperialismus nicht nur während des Krieges, sondern schon bei der Vorbereitung desselben mit „theoretisch fundierter Sicherheit“ unterstützen (die angeführte Broschüre von Deutsch ist — wohlgemerkt — offizielle Veröffentlichung der SPD, in erster Linie für die Jugend bestimmt!). Ohne diese Begriffseinschränkung wäre die Revision des sozialdemokratischen Standpunktes in der Frage der Abrüstung der Heeresorganisation und des althergebrachten Sozialpazifismus unmöglich. Nur dadurch kann die Sozialdemokratie den Anforderungen der Bourgeoisie, die in der Kriegsfrage von den Reformisten den Verzicht auf jedes Schwanken fordert, entsprechen.

Auch die übrigen Forderungen und Parolen der alten Sozialdemokratie, betreffend den Militarismus und den Krieg, werden in den Schriften der deutschen und österreichischen Theoretiker und genau so auch in den Parteiprogrammen von Heidelberg und Linz einer Revision unterzogen. Dieser Revision unterzogen worden sind:

1. Die sozialdemokratische Forderung nach Abrüstung.
2. Die Forderung nach einem Volksmilizsystem, die Auffassung von der Heeresorganisation und überhaupt das ganze Militärprogramm der Sozialdemokratie.
3. Die Stellung zur Frage des Angriffs- und Verteidigungskrieges, die teilweise schon während des Krieges und zum Teil schon vor dem Kriege revidiert wurde.
4. Die frühere Auffassung über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Pazifismus.

Der Chor hat sich noch nicht ganz eingesungen. Zuweilen interpretieren selbst die theoretischen Dirigenten die Kriegsmärsche in verschiedener Weise. Auch zwischen den Theoretikern und Praktikern treten gewisse Unterschiede zutage. Zuweilen wird eine Erinnerung an die unterdrückte Stimme des Sozialpazifismus wach, aber so naive pazifistische Schwärmereien, wie sie die vom liberalen Kleinbürgertum zur Labour Party herübergelaufenen Pazifisten laut werden lassen, sind bei der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie ganz und gar nicht zu finden. Die theoretische Leistung: den Sozialchauvinismus auf die Höhe zu bringen, die durch die Erfordernisse des neuen imperialistischen antibolschewistischen, direkt gegen die Revolution gerichteten Krieges bedingt ist, wird in der deutschen, in der österreichischen Sozialdemokratie im Zeichen der Demokratie, Hand in Hand mit dem Faschismus, frei von jeder Illusion vollbracht. Wo noch gewisse pazifistische Illusionen schimmern, geschieht dies — mit nicht mißzuverstehender Klarheit — in der Absicht, die ungestörte Vorbereitung des Krieges zu sichern. Sehr charakteristisch ist es, daß die Parole der sozialdemokratischen Agitation: „Nie wieder Krieg“ in den mehr oder weniger theoretischen Schriften gar nicht vorkommt. Aus allen Erklärungen ist zu sehen, daß die Theoretiker der beiden Sozialdemokratien an diese Parole gar nicht glauben und sie theoretisch gar nicht ernst nehmen. Das Ziel dieser Agitationsparole bei der ganzen internationalen Sozialdemokratie ist klar. Die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft — im Interesse irgendeiner imperialistischen Gruppe — von den Kriegsvorbereitungen abzulenken, zu weiterem Zwecke der theoretischen Vorbereitung des Krieges — zur Erziehung der Arbeiterklasse für die direkte aktive Unterstützung des imperialistischen Krieges — dient die andere These, die als Quelle der Kriegsgefahren den Bolschewismus und die revolutionären Befreiungsbewegungen der kolonialen und halbkolonialen Völker bezeichnet.

Von den Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie kommt nur das nicht in die Rumpelkammer, was jetzt der Vorbereitung und der ungestörten Führung des Krieges dienen könnte.

III. Die Einschätzung der Kriegsgefahr und der „realistische Pazifismus“

Die Einschätzung der Kriegsgefahr und die Stellung der Sozialdemokratie zum Pazifismus ist in der Auffassung der verschiedenen theoretischen Wortführer der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie noch nicht ganz einheitlich. Es ist aber die Einheit so weit erreicht, daß die alte sozialdemokratische Parole „Der Kapitalismus ist der Krieg — der Sozialismus ist der Friede“ schon keinen einzigen entschiedenen Verfechter mehr findet. Die allgemeine theoretische Grundlage der Einschätzung der Kriegsgefahr ist der Ueberimperialismus.

Die offene theoretische Abrechnung mit der alten antimilitaristischen und antikapitalistischen Friedenspolitik der Sozialdemokratie hat nach dem Kriege Hilferding begonnen. Der alten Parole „Der Kapitalismus ist der Krieg — der Sozialismus ist der Friede“ — hat er die folgende Frage des „realistischen Pazifismus“ entgegengestellt:

„Kann es in der kapitalistischen Gesellschaft eine andere Friedenspolitik geben als den Kampf um den Sozialismus?“ (Hilferding: „Realistischer Pazifismus“, „Gesellschaft“, 1. Jahrgang, Nr. 7/9.)

Hilferding beantwortet diese Frage bejahend. Mit noch größerer Bestimmtheit liquidiert er jene Parole in einem anderen Artikel. Er gibt zwar zu:

„Die ökonomische Analyse zeigt, wie stark die Konfliktmöglichkeiten sind, die der Kapitalismus immer aufs neue schafft und die zum Machtentscheid drängen,“ stellt aber trotzdem fest:

„Der Krieg hat die Situation weiter geklärt. Die alte These: ‚Der Kapitalismus ist der Krieg — der Sozialismus ist der Friede‘ ist in ihren beiden Teilen unhaltbar geworden.“ (Hilferding: „Krieg, Abrüstung und Milizsystem“, „Gesellschaft“, Jahrgang 3, Nr. 5.)

Um zu beweisen, daß der Sozialismus nicht den Frieden bedeutet, dreht er den sozialdemokratischen Standpunkt, wonach die neue Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion die Rückkehr zum Kapitalismus bedeutet, um. Er antizipiert den vollen Sieg der sozialistischen Elemente in der Sowjetunion und zaubert ohne jeden Uebergang einen vollen Sozialismus hervor. Er tut das nicht nur, um durch diesen Kniff zu beweisen, daß auch der Sozialismus eine militärische Expansionspolitik treibt, sondern auch, um den revolutionären Befreiungskrieg und den imperialistischen Krieg in einen Topf zu werfen, indem er feststellt:

„Der Sozialismus ist der Friede. Aber widersprechen nicht alle Erfahrungen, die wir mit der Außenpolitik des Bolschewismus gemacht haben und machen, dieser Behauptung aufs schärfste? Gewiß mag man einwenden, daß die Bolschewiki dem sozialistischen Geiste entfremdet, daß die objektiven Umstände ihrer Machtergreifung zu kriegerischer Haltung gezwungen haben. Aber die Unterwerfung Georgiens, die bolschewistische Politik in Asien mögen noch so sehr mit angeblich revolutionären Notwendigkeiten begründet werden, objektiv verwirklicht sich in ihnen das russische Expansionsstreben, das im Fall der ostchinesischen Eisenbahn auch vor der Kriegsdrohung nicht zurückschreckt, um koloniale Einflußsphären zu behaupten... Zudem hat der Krieg, einmal entbrannt, seine eigenen Gesetze. Die französischen Revolutionskriege begannen als aufgezwungener Abwehrkampf gegen die feudal-absolutistische Reaktion, erfüllten sich dann mit der Illusion, den geknechteten Völkern auf der Spitze der Bajonette die politische Freiheit zu bringen und endeten in den Eroberungskriegen Napoleons und der Auseinandersetzung Frankreichs und Englands um die Hegemonie.“

Herr Hilferding stellt eine Analogie zwischen der Revolution der französischen Bourgeoisie und der Revolution des russischen Proletariats in der Kriegsfrage auf, ohne den geringsten Versuch zu machen, die Klasseninhalte der zwei Revolutionen zum Vorschein zu bringen.

In letzter Instanz wirft Hilferding die alte sozialdemokratische These vom Verhältnis des Kapitalismus und Sozialismus zu Krieg und Frieden nicht einfach in die Rumpelkammer, sondern dreht sie in das Gegenteil um. Er stellt die These auf, daß die Menschheit nicht von imperialistischer, kapitalistischer Seite, sondern von seiten der proletarischen und der nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen mit Kriegen bedroht wird.

Die Friedenstendenzen werden durch den Imperialismus hervorgebracht: „... infolge der völlig veränderten Wirtschafts- und Machtverhältnisse nach dem Kriege, die Tendenz, an Stelle kriegerischen Austragens internationale Vereinbarungen zu setzen, gestärkt worden ist.“

Und zwar aus folgenden Gründen:

1. „Der Krieg ist vorüber und hat zunächst einen Machtentscheid zwischen den führenden kapitalistischen Staaten ökonomisch und politisch unmöglich gemacht.“ („Krieg und Abrüstung“).

2. Das imperialistische Kapital wählt nicht die kriegerische Methode der Hebung der Profitrate („Niederkonkurrieren des schwächeren Gegners im Kampfe“), sondern die andere, „die wirtschaftlichere und unendlich wirksamere“, „die Vereinigung der Starken zu einer Interessengemeinschaft“ („Realistischer Pazifismus“).

3. „Nun ist... die Kapitalistenklasse durchaus nicht Alleinträger der Politik... denn der Staatswille ist die Resultante aus den verschiedenen Willensstrebungen der verschiedenen Klassen, bzw. der politischen Parteien, und in dieser Resultante wird die bestimmende Komponente der Arbeiterpartei immer stärker. Wieder bedeutet auch dafür der Krieg eine entscheidende Wendung“ („Krieg und Abrüstung“).

Die Schlußfolgerung aus all dem ist, daß es falsch ist, „die Ausschaltung des Krieges unter der Herrschaft des Kapitalismus für unmöglich zu erklären“ (Krieg, Abrüstung usw.). Trotz alledem liegt aber kein Grund vor, nunmehr die Angst vor dem Kriege abzustreifen. Die der Menschheit drohende Kriegsgefahr ist noch nicht verzogen. Nicht nur der „rote Imperialismus“ des Bolschewismus droht mit Krieg, sondern auch der „nationale Selbstständigkeitsdrang der bisher unterworfenen Nationen Asiens und Afrikas“. (Unterstrichen von mir. B. K.).

Gegenüber der von imperialistischer Seite drohenden Kriegsgefahr hilft — nach Meinung Hilferdings — die Rüstungseinschränkung des Völkerbundes. Dies ist aber nur unter den „Kulturvölkern“ ein wirksames Heilmittel. Um die Kriegsgefahr zu vermeiden, die seitens der Kolonialvölker die „Zivilisation“, die Arbeiterklasse, sogar den Sozialismus bedroht, empfiehlt Hilferding ein anderes Mittel:

„... Es gilt, die nationale und politische Emanzipation in Bahnen zu lenken, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in allmählicher Entwicklung verwirklichen... So sehr die Demokratie und die Arbeiterbewegung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen muß, ... so groß ist ihr Interesse an einer Entwicklung, die gewaltsame Eruptionen vermeidet. Denn die ökonomischen Rückschläge, die etwa mit gewaltsamen politischen Katastrophen in Indien oder Aegypten (natürlich auch in China! B. K.) verbunden werden, würden die Kampfkraft nicht nur der englischen, sondern der europäischen Arbeiterbewegung lähmen, den Fortschritt des Sozialismus nicht fördern, sondern hemmen.“ (Gespart von mir. B. K. „Realistischer Pazifismus“.)

Mit anderen Worten: Der Weg zur Verhütung der Kriegsgefahr, die aus den zwischen den imperialistischen Mächten bestehenden Gegensätzen entstehen kann, ist die Beschränkung der Rüstungen auf eine durch den Völkerbund für notwendig gehaltene Polizeimacht, und diese internationale Polizeimacht wird dann — wie in China — die „allmähliche Verwirklichung“ des Selbstbestimmungsrechtes besorgen. Also nicht die Vereinigung der Proletarier aller Länder, sondern die Vereinigung der Imperialisten und Proletarier aller Länder gegen die Befreiungsbewegungen der kolonialen und halbkolonialen Völker soll die Welt vor der Kriegsgefahr retten.

Es sind dies Zeilen, die des Sklavenantreibers des englischen und des im Schatten desselben rüstenden deutschen Imperialismus würdig sind.

Diese weiter entwickelte Theorie und Politik des Ueberimperialismus und der darauf gegründete „realistische Pazifismus“ ist schon kein so chiliastisches Warten mehr, wie es während des Krieges das von Kautsky war, der die Hoffnung hegte: „Vorübergehend könnte der Imperialismus eine Aera neuer Hoffnungen und Erwartungen innerhalb des Kapitalismus bringen.“ Dieser bis zu Ende gedachte Ultraimperialismus will der sozialistischen Arbeiterbewegung das wichtigste Agitationsmittel rauben, das in der Tatsache be-

steht, daß der Friede nicht durch den Kapitalismus, sondern nur durch den Sozialismus gebracht werden kann. Er bedeutet demzufolge auch, daß in der sozialdemokratischen Lehre an die Stelle des Sozialpazifismus der „kapitalistische Pazifismus“ als Ergänzung des räuberischen Imperialismus tritt, dessen Herausgestaltung auch in den Kreisen der Bourgeoisie übrigens Hilferding mit ziemlicher Bestimmtheit konstatiert. Der Uebergang vom Sozialpazifismus zum kapitalistischen Pazifismus hat ein zweifaches Ziel: Er soll erstens dem nach Gleichberechtigung im Konzert der imperialistischen Mächte strebenden deutschen Imperialismus die Möglichkeit geben, sich diese Gleichberechtigung durch Lieferung der deutschen Arbeiterklasse für die Ziele des imperialistischen, kontrarevolutionären Krieges zu kaufen: zweitens verfolgt er das Ziel, die den Frieden wollenden Arbeiter durch das Gespenst der drohenden revolutionären Kriege an den eigenen Imperialismus zu knüpfen und dadurch die Sonderloohnerhöhung zu ersetzen, die der Kapitalismus infolge des Sinkens des Extraprofits trotz aller relativen Stabilisierung der Arbeiteraristokratie nicht mehr in einem solchen Grade gewähren kann, wie es vor dem Kriege geschehen ist.

Der „realistische Pazifismus“ Hilferdings wird bedeutend eingeschränkt durch Theodor Haubach in dem Artikel: „Der Sozialismus und die Wehrfrage“*. Dieser „Theoretiker“ macht zur noch stärkeren Rechtfertigung der Beteiligung an der Vorbereitung des Krieges die „neue“ Entdeckung, daß Marx kein Pazifist war und der Marxismus keine pazifistische Lehre ist. Aber der Tatsache gedenkend, daß der Sozialismus früher den revolutionären Marxismus in einen Pazifismus umgefälscht hat, gibt er die Möglichkeit einer Auffassung, daß der Marxismus der Sozialdemokratie doch pazifistisch war, zu, um gleichzeitig festzustellen, daß der Pazifismus der alten marxistischen Arbeiterbewegung „jedenfalls“ verjährt sei. „Der Pazifismus, der von Marx ins Leben gerufenen politischen Arbeiterbewegung lebte von der Feindschaft dieser Arbeiterbewegungen gegen den bestehenden Staat,“ schreibt Haubach, und er muß natürlich feststellen, daß der Pazifismus der heutigen staatsbejahenden Arbeiterbewegung ganz anderer Natur ist, als es der Pazifismus der staatsfeindlichen Arbeiterbewegung war. (Der „Pazifismus“ der staatsfeindlichen Arbeiterbewegung ist natürlich nichts anderes als der Defaitismus, die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg, die Unterstützung der Revolution und der nationalen Befreiungsbewegungen mit allen Kräften.) Die Grundlage des Haubachschen Pazifismus ist ebenfalls der Ultraimperialismus. „Dieser Imperialismus — sagt er — gilt innerhalb des europäisch-nordamerikanischen Raumes . . . die Wirkung des ökonomischen Pazifismus sofort stark abnimmt, wenn das Streitgebiet außerhalb der Sphäre des intensiven Hochkapitalismus liegt.“ (l. c.) Nach einer solchen Einschränkung der Wirkungssphäre des „realistischen Pazifismus“ schreibt auch er das drohende Herannahen der Kriegsgefahr nicht dem Imperialismus, sondern den revolutionären Bewegungen zu:

„Die europäisch-nordamerikanischen Machtkämpfe werden in Zukunft diplomatisch-wirtschaftlich, nicht mehr militärisch ausgefochten werden. Nicht berührt von dieser Entwicklung werden alle kapitalistischen ‚Niederdruckgebiete‘, so der Nahe und Ferne Osten, der Pazifische Raum und wohl auch die afrikanischen und polaren Kolonialgebiete.“

* „Gesellschaft“, III. Jahrgang, Nr. 2.

Sinn des „realistischen“, richtiger gesprochen, imperialistischen Pazifismus ist: Gewähr für den Frieden ist Sicherung der imperialistischen Unterdrückung auf unabsehbare Zeiten. Hilferding qualifiziert die Teilung der Welt in unterdrückende imperialistische Großmächte und schwache, ohnmächtige Länder mit aller Entschiedenheit als einen den Krieg ausschließenden Faktor noch bestimmter, indem er sagt:

„Allzugroße Verschiedenheit der Macht zwingt den Schwächeren und schließt den Krieg aus.“ (Gespart von mir. B.K.)

Gegen den „realistischen Pazifismus“ und zur Verteidigung der Vorkriegsparole der Sozialdemokratie: „Der Sozialismus ist der Friede — der Kapitalismus ist der Krieg“ ist nur Paul Levi ins Feld gezogen; der österreichische sozialdemokratische „Militär-Theoretiker“ Julius Deutsch umgeht die Frage mit einer wahrhaft austromarxistischen Methode.

Julius Deutsch ist als „Marxist“ kein Pazifist alten Schlages. Weder der „revolutionäre“, noch der „realistische“ Pazifismus paßt in seine militärischen Pläne hinein. In seinem Artikel „Demokratie und Abrüstung“ stellt er fest: „Der Pazifismus ist ein Ziel, ein hehres Ziel, aber kein Weg“ („Kampf“, 1925, Nr. 2). Gegen Hilferding polemisierend, stellt er vom „realistischen Pazifismus“ und dessen Mitteln mit austromarxistischer Skepsis fest:

„Es soll nicht verkannt werden, daß eine solche Möglichkeit tatsächlich besteht, aber leider ist sie eben nicht mehr als eine Möglichkeit.“ („Abrüstung, Heeresreform und Demokratie“, „Gesellschaft“, Jahrgang 3, Nr. 6.)

Dementsprechend umgeht er die Frage des Ueberimperialismus und schreibt:

„Wenn auch richtig sein mag, daß in den kapitalistisch höchstentwickelten Staaten die friedlichen Entwicklungstendenzen sehr stark sind, ist dies doch gewiß nicht in den zurückgebliebenen Ländern.“ („Abrüstung, Heeresreform usw.“)

Lieber gibt er die friedlichen Absichten des englischen Imperialismus in China und auf dem Balkan zu und berührt lieber die Kriegsvorbereitungen des italienischen Faschismus nur ganz flüchtig, um nur nicht über die Kriegsvorbereitungen des wiedererwachenden deutschen Imperialismus und über den Plan einer diplomatischen Einkreisung der Sowjetunion als der Organisierung eines neuen imperialistischen Ueberfalles sprechen zu müssen.

Zum Schluß stellt er aber immerhin fest:

„Es bleibt nach unserem Dafürhalten dem Proletariat kaum etwas anderes übrig, als die ungünstigere Möglichkeit der nach wie vor bestehenden und andauernden Kriegsgefahr als gegeben anzunehmen und danach seine Taktik einzurichten.“ („Abrüstung, Heeresreform usw.“)

Paul Levi greift — wie es eben einem Renegaten geziemt —, die alte Parole der Sozialdemokratie: „Der Sozialismus ist der Friede“ verteidigend, nicht die ultraimperialistischen „realistischen Pazifisten“ an, die im Interesse der Vorbereitung des imperialistischen Krieges diese Parole zum Alteisen geworfen haben, sondern die — Kommunisten. Der Krieg droht, auch nach Levi, in erster Reihe von bolschewistischer Seite, und an der Vorbereitung des Krieges sind die Kommunisten und nicht die Imperialisten und Sozialimperialisten beteiligt. In der Sozialdemokratie ist Levi der Fortsetzer der Traditionen des Sozialpazifismus, natürlich mit einer eher gegen die Revolution als gegen den Sozialchauvinismus gekehrten Spitze.

„Bei aller prinzipieller Stellungnahme — sagt er — scheint uns keine Veranlassung zu sein, gegen die Tendenz der mit ‚Pazifisten‘ bezeichneten Gruppe aufzutreten.“ Nach einem Ausfall gegen die Kommunisten fährt er dann fort: „Wir dagegen knüpfen bewußt an die antikriegerischen Traditionen des Sozialismus an; wir haben uns nie damit abgefunden, als diese Tradition zu Beginn des Weltkrieges verlassen wurde, wir gedenken es also auch heute nicht zu tun. Man mag uns also in diesem Sinne Pazifisten heißen: Jawohl, wir sind gegen den Krieg!“ (Paul Levi: „Der Sozialismus ist der Friede — der Kapitalismus ist der Krieg.“ — „Ueber realistischen Pazifismus“, Berlin, ohne Jahreszahl, Seite 15/16.)

Von den Traditionen der Vorkriegssozialdemokratie hält Levi gerade das aufrecht, was mit dem Marxismus nichts gemeinsam hatte: den wässerigen Sozialpazifismus. Er tut das aber nicht einmal in der Form des sogenannten „revolutionären“ Pazifismus eines Jaurès, sondern in der Form einer mehr oder weniger dem bürgerlichen Pazifismus nahestehenden Abart. Infolge seines Renegatentums muß er von allem abrücken, was revolutionär ist, und der Antimilitarismus gehört daher nicht zu seinem pazifistischen Programm.

„Wir denken auch gar nicht daran — schreibt er weiter —, irgend jemand zu raten, durch Flugblätter, durch Agitation die Soldaten der Reichswehr zur Meuterei aufzufordern; wir neiden den Kommunisten nicht den Ruhm ihrer ‚Zersetzungsmänner‘.“ („Der Sozialismus usw.“, S. 21.)

Dies ist das Kennzeichnende für die Kriegsfeindschaft Levis! In geringerem Grade sind die theoretisch-prinzipiellen Fragen der Einschätzung der Kriegsmöglichkeiten in der imperialistischen Ära und die allgemeinen Fragen des Kampfes um den Krieg in den Artikeln des Weiterbearbeiters der „Gott-strahe-England“-Ideologie und Außenpolitikers der „Sozialistischen Monatshefte“, des extremreformistischen Ludwig Quessel, berührt. Gegenüber Hilferding und der englischen Orientierung der „Gesellschaft“ agitiert Quessel und mit ihm zusammen der gesamte Stab der „Sozialistischen Monatshefte“ für die französische Orientierung. Seine Englandfeindschaft läßt Quessel die Kriegshetze der englischen Diplomatie gegen die Sowjetunion bemerken; er geht sogar so weit, daß er die kriegsfeindliche Agitation der deutschen Kommunisten billigt, insofern sich diese gegen den englischen Imperialismus richtet. (Quessel: „Die Außenpolitik des Reichstags“, „Sozialistische Monatshefte“, 1927 Aprilnummer). Das Ende vom Quessel-schen „Pazifismus“ ist natürlich ein Vorschlag betreffend eine deutsch-französische Koalition mit gegen England gekehrter Spitze und mit dem gar nicht besonders verhüllten Ziel einer kriegerischen Abrechnung mit England, eines Revanchekrieges und einer Wiedergewinnung der deutschen Kolonien.

Ein altes Mittel des Opportunismus, welches in der Unterschätzung der Kriegsgefahr sich offenbart, tritt noch immer in umgeänderter Form bei den deutschen sozialpolitischen Theoretikern zutage: die These vom „technischen Ende des Krieges“.

Diese These, der sich der Reformismus vor dem Kriege mit Erfolg bediente, um die kriegsfeindliche Stimmung der Arbeiterschaft einzulullen, findet aber heute nicht einmal in der Sozialdemokratie selbst Glauben. Gegenüber Haubach und Hilferding, die von einer „Technischen Unmöglichkeit des Krieges“ als Folge der Entwicklung der Kriegstechnik sprechen, schreibt Julius Deutsch:

„Mit der Entwicklung der Kriegstechnik wird leider nicht der Krieg aus der Welt geschafft, sondern nur die Art der Kriegsführung wird eine andere.“

Die in bezug auf die Einschätzung der Kriegsmöglichkeiten wie auch in der Gesamtfrage des sozialistischen Kampfes um den Frieden erfolgte Revision ergab also in den Lehren der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie eine den Erfordernissen des imperialistischen Krieges voll entsprechende Entwicklung des Sozialchauvinismus. Diese Weiterentwicklung offenbart sich — wie zu sehen ist — auch darin, daß der Ultraimperialismus heute zu der fast unbestritten herrschenden Theorie geworden ist, da diese Lehre dem Wiedererstarben des deutschen Imperialismus und seiner Folge, dem Kampf um die Wiedergewinnung der im Kriege verlorenen Machtpositionen, am besten dient. (Schluß folgt.)

J. HUMBERT-DROZ:

DER LYONER KONGRESS DER SOZIALISTISCHEN PARTEI FRANKREICHS APRIL 1927

Die Entartung der Sozialistischen Partei

Wenn man die Aktivität der Sozialistischen Partei Frankreichs nach der Zahl ihrer Kongresse beurteilte, so würde man auf ein außerordentlich intensives Leben schließen müssen. Denn seit Anfang 1925 haben nicht weniger als sieben Parteitage und Nationalratstagungen stattgefunden. Es ist allerdings wahr, daß im Laufe dieser letzten zwei Jahre das wirtschaftliche und soziale Leben Frankreichs tiefgehenden Veränderungen unterworfen war und daß sich alle Parteien vor mannigfaltige und wichtige Probleme gestellt sahen: die Politik und die Kolonialkriege Frankreichs in Marokko, in Syrien, in China; die Außenpolitik Briands, Locarno, Thoiry und die Gefahren eines Krieges mit Italien und auf dem Balkan; die Kriegsschulden und die militärische Reorganisation des französischen Imperialismus. Und vom Gesichtspunkt der inneren Politik: die Inflation, die Stabilisierung des Franken, die Arbeitslosigkeit, die neue Zollpolitik, die Entwicklung des Faschismus, die Rückkehr Poincarés zur Macht, die kapitalistische Offensive usw.

Indessen würden wir vergeblich danach forschen, welche Anschauungen die Sozialistische Partei im Laufe der Verhandlungen ihrer zahlreichen Kongresse über diese wichtigen Fragen entwickelt hat. Die Sozialistische Partei hat auf keiner ihrer Tagungen irgendeine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Situationen des Landes gegeben, sie hat bezüglich keines der lebenswichtigsten Probleme der Arbeiterklasse ihre Gedanken und Perspektiven entwickelt, sie hat keinerlei Aktionsprogramm festgelegt. Ihre Kongresse waren einzig und allein von Fragen parlamentarischer Manöver und Fragen der Wahltaktik, des Kartells, der Unterstützungspolitik, der Teilnahme an der Regierung, der Teilnahme Paul Boncour's am Völkerbund als Vertreter der Poincaré-Regierung beherrscht. Es gibt kein typischeres Beispiel der Wahlentartung und des parlamentarischen Kretinismus im Schoße der II. Internationale als das der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Diese geistige Armut wird in dem Kommentar, das von dem „Bulletin Quotidien“ der Société d'Etudes et de documentation économiques zu dem Kongreß von Lyon gegeben wurde, ausdrücklich unterstrichen:

„Die Haltung dieses Kongresses wird diejenigen, die seit langen Jahren den geistigen Verfall des Sozialismus verfolgen, nicht in Erstaunen setzen. Seit M a r x und P r o u d h o n ist er allmählich immer gedankenarmer geworden. Er wiederholt veraltete Formeln und er ignoriert den tatsächlichen Verlauf des Lebens, die ständige Veränderung der Menschen und Gesellschaften. Beschäftigt sich diese Sekte, die sich mit dem Worte Fortschritt aufbläst und die damit prahlt, die Gesellschaft zu reformieren, auf ihren Tagungen mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die sich tagtäglich unter einer neuen Form den besorgten Menschen darstellen? Sie etikettiert mechanisch das Leben mit ihren alten Phrasen, und dies befreit sie vom Denken. Verglichen mit den sozialistischen Kongressen erscheinen die Gewerkschaftskongresse und selbst die radikalen Kongresse reich an Ideen. Der Kongreß von Lyon beweist wieder einmal nur, daß die Partei sich bloß für die Wahlküche und das Politikantum interessiert.“

Der Kongreß von Lyon ist in der Tat dem Tone der vorhergehenden Kongresse vollständig treu geblieben. Er hat das Problem der c h i n e s i s c h e n R e v o l u t i o n und die K r i e g s g e f a h r e n einfach ignoriert.

Er hat sich um S o w j e t r u ß l a n d nur insofern gekümmert, als er es beschimpft und mit seinem ohnmächtigen Geifer besudelt hat. Er hat die Frage der k a p i t a l i s t i s c h e n O f f e n s i v e gegen die L ö h n e mit vollkommenem Stillschweigen übergangen und ebenso die Probleme der A r b e i t s l o s i g k e i t und der a u s l ä n d i s c h e n A r b e i t s k r a f t. Er hat die Frage der m i l i t ä r i s c h e n R e o r g a n i s a t i o n nur darum gestreift, weil die Arbeitermasse, die davon tief aufgewühlt war, die Wahlpositionen der Partei bedroht, und es geschah nur zu dem Zweck, um die Prüfung dieser Lebensfrage bis zur nächsten Tagung des Nationalrats zu verschieben. Weder die Linke, welche die alten guesdistischen Formeln wiederholt, noch die äußerste Linke, die angeblich bolschewistelt, haben eine Anstrengung gemacht, um dem Kongreß eine andere Haltung zu geben, um auf ihm die Lebensfragen der Arbeiterklasse aufzurollen. Sie selbst haben die Vertagung der Diskussion über die militärische Reorganisation vorgeschlagen und ihre Anträge und Diskussionsreden bewegten sich im Rahmen akademischer Erörterungen, ohne Zusammenhang mit dem wirklichen Leben und dem Kampf der Massen.

Was sollte dieser Kongreß?

Der einzige Tagesordnungspunkt, der neben den gewöhnlichen Verwaltungsberichten aufgestellt war, war die Frage der Stellung der Sozialistischen Partei gegenüber den benachbarten Parteien, der radikalen einerseits und der kommunistischen andererseits. Warum wurde eine solche Frage gegenwärtig aufgerollt?

Die französische Sozialistische Partei hat wie alle Parteien der Zweiten Internationale ihre soziale Basis in zwei Kategorien, deren Interessen verschieden und oft einander entgegengesetzt sind, nämlich in gewissen Schichten der Arbeiterklasse und der kleinen und mittleren Bourgeoisie. In einer Reihe wichtiger Industriegebiete (Norden, Pas-de-Calais, Haute-Vienne, Saone-et-Loire, Rhone usw.) hat die Sozialistische Partei eine ausgesprochene A r b e i t e r b a s i s. Die Foederationen, die seinerzeit auf dem

Kongreß von T o u r s die kommunistische Mehrheit bildeten, setzten sich, abgesehen von der Foederation der Seine, die eine ausgesprochen proletarische war, zum großen Teile aus Foederationen solcher Gebiete, in denen die Bauernschaft vorherrschend ist, zusammen. Die reformistische Minderheit, welche die Partei in Tours gespalten hat, hatte einen Teil ihrer Basis in überwiegend proletarischen Gegenden, wo zwar die Kommunistische Partei gewiß wichtige Positionen erobert hat, wo aber dennoch der sozialdemokratische Einfluß vorherrschend war. Indessen hat die Sozialistische Partei, zum Beispiel im ganzen Süden Frankreichs, eine Wählerschaft, die sich vor allem aus den M i t t e l s c h i c h t e n rekrutiert. Diese zweifache soziale Grundlage verpflichtet die Sozialistische Partei, ständig zwischen der Partei der Arbeiterklasse einerseits und den Parteien des Kleinbürgertums andererseits das Gleichgewicht zu suchen.

Während der ganzen Periode der Inflation, welche die Masse der französischen Kleinbourgeoisie zu Nutz und Frommen des großen Industrie- und Bankkapitals verarmte, standen die Interessen der Kleinbourgeoisie in direktem Gegensatz zu denen des Großkapitals, und die Sozialistische Partei konnte daher mit einer relativen Leichtigkeit die Interessen der verarmten Mittelschichten mit denen der Arbeiterklasse in einen gewissen Einklang bringen. Das war die Periode der Wahlerfolge des Kartells der Linken gegen den nationalen Block, welcher der politische Ausdruck der Großbourgeoisie war. Das Wahl- und Parlamentskartell der Radikalen und Sozialistischen Partei entsprach einer Interessengemeinschaft der Mittelschichten und breiter Schichten des Proletariats. Aber das Kartell hat Bankrott gemacht. Die Kleinbourgeoisie, deren politischer Ausdruck es gewesen ist, ist unfähig, ein wirtschaftliches und soziales Regierungsprogramm zu schaffen und zu verwirklichen. Zwischen dem Proletariat und der Großbourgeoisie, die miteinander kämpfen, immer mehr zusammengepreßt, ist ihr schließliches Verschwinden vom Schauplatze eine unvermeidliche Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes.

Die Kleinbourgeoisie kann nur mehr die Rolle eines Verbündeten einer der beiden im Kampfe befindlichen Klassen, des Proletariats und der Großbourgeoisie, spielen. Das Linkskartell war der handgreifliche Beweis ihrer Ohnmacht und ihrer Unfähigkeit zur Verteidigung der Interessen der Kleinbourgeoisie gegen die Interessen des Großkapitals. Der Zerfall der Illusionen bezüglich der Politik des Kartells konnte die Kleinbourgeoisie, die infolge einer wachsenden Inflation immer mehr proletarisiert wurde, dazu treiben, der Verbündete des Proletariats zu werden. Die Kleinbourgeoisie bildet in Frankreich eine Masse und eine soziale Kraft, die zahlenmäßig wichtiger ist als in anderen großen Industrieländern. Die Großbourgeoisie hat sich daher bemüht, dieses Abgleiten der Mittelschichten nach links zu verhindern und sie wieder mit ihrer Politik des Kampfes gegen die Arbeiter zu verbinden.

Das große Ministerium P o i n c a r é, das Ministerium der „N a t i o n a l e n E i n h e i t“, hat diese Sammlung der Kleinbourgeoisie um die Vertreter des Großkapitals zur Verwirklichung des wirtschaftlichen und sozialen Programmes der Großbourgeoisie zustande gebracht. Die Inflation hat ein Ende genommen, die relative Aufwertung des Franken und seine tatsächliche Stabilisierung haben die Kleinbourgeoisie beruhigt und teilweise befriedigt.

Das Ministerium Poincaré, das Ministerium der „Nationalen Einheit“, ist

keineswegs die einfache Rückkehr zum einstigen nationalen Block. Es ist dies vielmehr eine politische Neubildung mit einem neuen wirtschaftlichen und sozialen Programm. Es ist der Versuch des Großkapitals, die Kleinbourgeoisie, die von ihm reichlich ausgeplündert worden ist, wieder zu beruhigen und an sich zu binden, ihr Abgleiten nach links zu verhindern und aus ihr einen Bundesgenossen bei der Offensive gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu machen.

Während die Inflation vor allem die Interessen der Kleinbourgeoisie betroffen hat, ist die Politik der Stabilisierung und der Rationalisierung, die ihr gefolgt ist, in eindeutiger Weise gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

Diese Veränderungen im politischen Leben Frankreichs haben in die Sozialistische Partei eine Verwirrung getragen, die die Rückwirkung der Interessenkonflikte ist, die gegenwärtig innerhalb ihrer Wählermasse bestehen. Alle Taschenspieler und Gaukler der Partei vollführen die unglaublichsten Kunststücke, um der Sozialistischen Partei mit Hinsicht auf die bevorstehenden allgemeinen Wahlen des Jahres 1928 die zweifache Wählergefolgschaft zu erhalten. Um ihre Arbeiterwähler nicht zu verlieren, hatte die Sozialistische Partei sich geweigert, offen an der Regierung des Linkskartells teilzunehmen, aber sie war in der Tat Teilhaber dieser Regierung. Sie trägt gleichzeitig die Verantwortung vor der Arbeiterklasse für den Bankrott der Politik Herriots und die Verantwortung für den Zusammenbruch des Linksblocks, weil sie sich geweigert hatte, direkt an der Regierung teilzunehmen, weil sie ihre Unterstützung vielmehr vorsichtig bemessen hat.

Beim Regierungsantritt des Ministeriums Poincaré hielt die Sozialistische Partei es für geschickt, durch die Stimme Léon Blums zu erklären, daß sie es auf „die Erfahrung des Vertrauens ankommen lassen wolle“, indem sie sich in eine wohlwollende Opposition zurückzieht. Aber diese anfängliche Stellungnahme, die ganz darauf angelegt war, die Gefolgschaft der Kleinbourgeoisie zu erhalten, ohne mit der Radikalen Partei zu brechen, erweckte den Widerstand der sozialistischen Arbeitermassen. Im Schoße der Partei entwickelte sich unter den Schlägen der kapitalistischen Offensive die Linke. Die Ergänzungswahlen, die stattfanden, wiesen auf eine Abwanderung der Arbeiterstimmen zur Kommunistischen Partei hin.

Séverac schildert in der „Neuen sozialistischen Revue“ in einem Diskussionsartikel über den Kongreß zu Lyon die Besorgnisse, welche die Leitung der Sozialistischen Partei erfüllen. Séverac schreibt:

„Alle Wahlgänge, die im Jahre 1926 stattgefunden haben, waren durch eine oft recht auffällige Zunahme der kommunistischen Stimmen und durch eine Abnahme der sozialistischen Stimmen gekennzeichnet. Es ist wohl klar, daß die sozialistische Partei einen Teil der Sympathien, die sie genossen hat, augenblicklich verloren hat.“

Die Perspektive einer Niederlage bei den nächsten Parlamentswahlen, die Furcht, gleichzeitig einen Teil der Wählerschaft der Kleinbourgeoisie, die sich der „Nationalen Einheit“ angeschlossen hat, und einen Teil der Arbeitermassen, die durch die eindeutig proletarische Politik der Kommunistischen Partei angezogen werden, zu verlieren — das ist es, was für die Festsetzung der Tagesordnung des Lyoner Kongresses entscheidend gewesen ist.

In diesem Rahmen müssen die ärmlichen doktrinären Diskussionen des Lyoner Kongresses betrachtet werden, will man sie genau verstehen. Die Sozialistische Partei hat bei der Erörterung ihrer Beziehungen zur Kommu-

nistischen und zur Radikalen Partei in Wirklichkeit die Frage ihrer Beziehungen zur Arbeiterklasse und zur Kleinbourgeoisie besprochen.

Die Vorbereitung und die Diskussionen des Parteitages über die Frage der Beziehungen zu den Nachbarparteien

Léon Blum hat die Vorbereitung des Parteitages durch eine Reihe von Artikeln begonnen, in denen er in klug ausgewogener Art die Frage der Beziehungen zwischen der Sozialistischen Partei einerseits und den Radikalen und den Kommunisten andererseits erörterte. Der Grundzug des Manövers, das von diesem Zeitpunkte an, vor allem bei der Ausarbeitung der Thesen und bei den Diskussionen des Parteitages in Szene gesetzt wurde, war folgender:

1. Die Sozialistische Partei muß in ihrer Propaganda revolutionär erscheinen, um ihren Einfluß auf die Arbeitermassen zu bewahren und sie daran zu hindern, sich der Kommunistischen Partei anzuschließen. Darum gilt es, all das zu betonen, was uns von der Radikalen Partei trennt und uns der Kommunistischen Partei näher bringt.

2. Man muß die Möglichkeit festhalten, zu Wahlzwecken wiederum ein Kartell mit der Radikalen Partei zu bilden, und man muß daher jede gemeinsame Aktion mit der Kommunistischen Partei zurückweisen, da eine solche, wenn die Einheitsfront tatsächlich zustande käme, die Heuchelei der revolutionären Phrasen, welche die opportunistische Politik der Partei verschleiern, entlarven könnte.

Die ganze Kunst des Parteitages bestand infolgedessen darin, die opportunistische Politik der Partei mit einer Tünche revolutionärer Redensarten zu bedecken und das kommende Bündnis mit den Radikalen des Herrn Poincaré durch eine Linksschwenkung in der Politik der Partei zu maskieren.

Die Resolutionen, die durch die vier Richtungen der Partei eingereicht wurden, wetteifern in der Geschicklichkeit, diese Kunst, das Gleichgewicht zu halten, zum Ausdruck zu bringen.

Der Antrag A, der von Paul Faure, Longuet, Compère-Morel, Lebas unterzeichnet war, die das Zentrum der Partei bilden, legt zunächst den fundamentalen Gegensatz zwischen den Radikalen und der Sozialistischen Partei dar:

„... Die Radikale Partei war immer und bleibt auch ihren Grundsätzen und ihrem Wesen nach eine Partei der Aufrechterhaltung des herrschenden sozialen Regimes.

Die Radikale Partei, die der politische Ausdruck einer Klasse ist, die durch die Veränderungen und die tiefgehenden Notwendigkeiten der gegenwärtigen Gesellschaft verdammt ist, nährt den utopischen Traum, diese Klasse zu retten, indem sie das Prinzip der sozialen Oekonomie, das die Geburt und die Entwicklung des modernen Kapitalismus hervorgerufen hat, verteidigt und für unangreifbar erklärt.

... Es gibt zwischen den Radikalen und uns — in den Dingen, die für uns wie für sie das Wesentliche sind, einen Grundunterschied, den zu verheimlichen kindisch wäre.“
(Im Original durch Kursivschrift hervorgehoben.)

Aber diese Erinnerung an die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den Radikalen und der Sozialistischen Partei führt schließlich zu folgender praktischer Schlußfolgerung:

„Gewiß, es kann sich ereignen, daß die Radikale Partei in ihrem Hin und Her, das ihrer Natur anhaftet, sich in eine spezielle Aktion verwickelt findet, die mit der unseren parallel geht oder gar übereinstimmt. Es kann dahin kommen, daß der Wunsch, dieselbe Reform zu verwirklichen, der Wille, dieselbe Maßnahme zu ergreifen, um die demokratischen Freiheiten zu verteidigen, bewirken, daß diese oder jene Männer der radikalen Partei und diese oder jene Männer der sozialistischen Partei für einen Augenblick und unter zeitlich eng begrenzten Umständen zusammengehen.

„Wir werden nicht die Dummheit begehen, dies zu bedauern, da wir nicht das Recht haben, uns der Vorteile zu berauben, die aus der Teilung und der Entzweiung der besitzenden Klassen für den Fortschritt der sozialistischen Ideen entspringen können.

Aber wir dürfen niemals den zufälligen Charakter eines solchen Zusammentreffens und die ungewisse Natur der Uebereinkommen, die sich daraus ergeben könnten, vergessen.“

Der Kommunistischen Partei gegenüber wird die umgekehrte Operation befolgt. Man bestätigt zunächst die gemeinsamen Ziele und Ueberzeugungen:

„So wie wir wollen auch sie an die Stelle des gegenwärtigen Regimes ein solches Regime setzen, das der gesamten Gesellschaft die Nutznießung ihrer Reichtümer ließe; so wie wir sind auch sie der Anschauung, daß dies nur durch eine revolutionäre Veränderung der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse durchgeführt werden könnte; so wie wir, denken auch sie, daß der Klassenkampf aus der Arbeiterklasse das lebendige und hauptsächlichste Instrument dieser Veränderung macht; so wie wir, wenden auch sie sich infolgedessen in ihrer Propaganda und in ihrer Mitgliederwerbung an die gesamte Welt der Arbeiter.

Die proletarische Einheit

Das ist der Grund, warum wir niemals aufgehört haben, zu denken und zu sagen, daß das — nahe oder ferne — Schicksal der Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei dies sein wird, sich im Schoße der wiedergewonnenen Einheit der Arbeiterklasse, welche die Bedingung des Sieges des Proletariats ist, wieder zu vereinigen.“

Aber schließlich gelangt diese Resolution nach einer langen Leier über die Methoden des Kampfes der Kommunisten zu folgender Schlußfolgerung:

„Die Sozialistische Partei wird nicht aufhören, das Proletariat vor den Irrtümern der kommunistischen Propaganda und Aktion zu warnen. Sie wird gewiß nicht die traurigen Methoden jener anwenden, die sie bekämpfen muß. Aber sie wird sich auch, und zwar mit der größten Sorgfalt, vor jeder organischen Aktion mit ihnen hüten.“

Die Schlußfolgerung daraus läßt sich leicht ziehen. Die Sozialistische Partei verfolgt ihre selbständige Aktion, denunziert den Arbeitern die Kommunistische Partei als den an der Spaltung der Arbeiterklasse schuldigen Teil, als Verleumder des Sozialismus, sie weist jeden gemeinsamen Kampf mit der Kommunistischen Partei zurück, desgleichen „die dauernden Abkommen mit den Parteien der Bourgeoisie“, aber sie läßt für zeitweise Abkommen mit den letzteren zum Zwecke von Wahlkartellen, parlamentarischen Koalitionen, kurz für die Wiederauflage der ganzen vergangenen Politik der Partei Tür und Tor offen.

Der Antrag B, der durch die Gruppe des „Funktens“ (L'Étincelle), welche die äußerste Linie der Partei bildet, eingebracht wurde, betont die Treue gegenüber dem traditionellen Sozialismus, wie er in der Amsterdamer Resolution und in der Charte von 1905 konkretisiert worden ist. Der Antrag verdammt infolgedessen den Revisionismus, der sich der Partei bemächtigt hat, und erklärt seine

„volle Uebereinstimmung mit den allgemeinen Richtlinien, die kürzlich in dem Programm der österreichischen sozialistischen Partei niedergelegt worden sind.“

Der Antrag tritt für eine Klassenpolitik und eine Klassenaktion ein, für die revolutionäre Eroberung der Macht und für die Diktatur des Proletariats, gegen die Politik der Unterstützung, gegen den Militarismus und gegen die nationale Verteidigung. Er tritt für die nationale und internationale Einheit des Proletariats und für die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei ein. Er gelangt zur Schlußfolgerung, daß es gelte,

„... auf dem Klassenboden zu bleiben und sich von allen praktischen Wahlbündnissen oder jeder Regierungszusammenarbeit mit allen bürgerlichen Parteien loszusagen.

„... im Hinblick auf die Vorbereitung der Verwirklichung der proletarischen Einheit, die Vorschläge auf Bildung der Einheitsfront und auf gemeinsame Aktionen, die zu bestimmten Zwecken organisiert werden und die von der CAP im Jahre 1922 der Kommunistischen Partei gemacht wurden, wieder aufzunehmen und wieder zu erneuern.“

Die Mehrheit der Seine-Foederation, die durch die Arbeit der Kommunisten stark beeinflußt ist, hat sich vom Zentrum getrennt, um unter der Führung von Bracke, Zyromski und Osmin eine „linke“ Richtung zu schaffen. Sie hat einen besonderen Antrag, den Antrag C vorgelegt.

Dieser Antrag geht von einer tatsächlichen Feststellung aus: von dem Wachstum der Klassengegensätze. Dieses ruft einen wachsenden Gegensatz zwischen den Parteien der bürgerlichen Demokratie und der Sozialistischen Partei hervor:

„Die Haltung der Sozialistischen Partei kann also folgendermaßen zusammengefaßt werden: Klassenopposition, eine Politik, die auf einer stetigen und dauernden Klassenopposition beruht, Klassenpolitik.“

Indessen bemüht sich dieser Antrag, nach der Wiederauffrischung der alten sozialistischen Formeln darzulegen, daß die Sozialistische Partei „die einzige republikanische Partei und die einzige demokratische Partei“ geworden ist.

„Sie hält eine gewisse aufbauende Arbeit sogar im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft für möglich; daher hält sie an einer Aktion für Teilreformen fest.“

Aber die Wahlaktionen und die parlamentarischen Aktionen müssen absolut selbständig bleiben:

„Die Partei lehnt bei allen Wahlen die Koalitionen im ersten Wahlgang ab. Sie weist jeden Gedanken eines parlamentarischen Kartells zurück.“

Darum greift die Resolution auf die alten Formeln zurück:

„Eine revolutionäre Aktion, welche die Rahmen der bürgerlichen Gesetzlichkeit sprengt, muß von der Sozialistischen Partei vorausgesehen, vorbereitet, studiert werden.

Die Eroberung der Macht durch das Proletariat und ihre Aufrechterhaltung durch das Proletariat werden notwendigerweise von einer provisorischen Diktatur begleitet sein.“

Die Resolution spricht sich für die politische Einheit der Arbeiterklasse aus, aber energisch gegen die Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei.

Endlich hatte noch die Rechte der Partei, Renaudel, Boncour, Grumbach, Poisson einen Antrag — den Antrag D — vorgelegt.

In diesem Antrag ist jeder Klassengesichtspunkt verschwunden, hier wird nur die Grenze gezogen zwischen den Parteien der Reaktion und den Parteien des Fortschritts:

„Sie (die Sozialistische Partei) vermengt nicht die Parteien der Reaktion, die im Notfalle mit Gewalt, wenn sie es wagen oder könnten, die Freiheiten und die Ent-

wicklung der sozialistischen Demokratie ersticken möchten, mit jenen Parteien, die sich rühmen, die Erben einer republikanischen Tradition zu sein, und, wenn sie diese auch manchmal sich abschwächen lassen, nichtsdestoweniger fähig sind, sich von einem Sozialismus der Verwirklichung (*Socialisme realisateur*) mitreißen lassen.

Mit den ersten Parteien Kampf ohne Erbarmen. Mit den letzteren kann ein Kontakt stattfinden, eine Vereinigung nützlicher und genau umschriebener Anstrengungen.

Sie (die Sozialistische Partei) ist auch keineswegs gewillt, die Hilfe, die sie in den Parteien und Massen der bauerlichen Demokratie und selbst der Bourgeoisie oder der Mittelschichten finden kann, zurückzuweisen, um die Keime und die Einrichtungen des Friedens zu entwickeln und um den Gedanken der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu festigen.“

Was die Kommunistische Partei betrifft, so erklärt der Antrag D, daß eine gegensätzliche Ueberzeugung besteht, daß die revolutionäre Gewalt, die Diktatur und der Terror zu verwerfen sind. Damit werden die üblichen Verleumdungen der Sozialdemokratie wie „moralische Erniedrigung“, „Korruption“ usw. verbunden.

Die Debatten auf dem Parteitag, die um diese Fragen gingen, haben keine neuen Argumente dazu gebracht. Der Parteitag zielte darauf hin, auf Grund einer Kompromißlösung eine Konzentration aller Fraktionen der Partei herbeizuführen. Léon Blum hatte keinen der Anträge unterzeichnet, um sich so die Rolle des Vermittlers und des Schiedsrichters vorzubehalten.

Indessen wurde das Manöver, das praktisch den Koalitionen mit der Radikalen Partei Tür und Tor offen lassen sollte, durch die Behauptung der Linken über das Wachstum der Klassengegensätze gestört. Das Zentrum war geteilter Anschauung. *Compère-Morel* und *Lebas* manövierten in der Absicht, eine Koalition mit der Linken herbeizuführen, während sich *Paul Faure* und *Léon Blum* bemühten, den Zusammenschluß mit *Renaudel* und der *Rechten* zustandezubringen. Das war der ganze Sinn der Debatten des Parteitags.

Die Koalition des Zentrums und der Linken, die den Abschluß der Diskussion bilden und das Manöver der „Links“orientierung krönen sollte — nachdem übrigens die Rechte von vornherein ihren Antrag zurückgezogen hatte und die meisten ihrer Vertreter ihre Zustimmung zum Antrag des Zentrums gegeben hatten — wurde in letzter Stunde unmöglich, und zwar infolge einer Frage, die wichtig genug ist, um sich mit ihr in diesem Zusammenhang ein wenig zu befassen. Die Linke hatte ihre ganze Resolution auf der Feststellung des Wachstums der Klassengegensätze aufgebaut. Diese Behauptung wurde von *Léon Blum*, der sie einfach leugnete, bekämpft:

„Wenn man behaupten will, daß die Konzentration wächst, so ist *Léon Blum* in diesem Punkte derselben Meinung wie *Lebas*, wenn man aber daraus die Schlußfolgerung ziehen will, daß das Unterdrückungssystem der Unternehmer sich gesteigert hat, so ist das nicht zutreffend.

Aber der eigentliche Gedanke von *Zyromski* ist der, daß die neuen Formen des Kapitalismus das Wachstum der Gegensätze mit sich bringen. *Blum* gibt, wie er, den diktatorischen Charakter des neuen Kapitalismus zu; aber die Erscheinungen, die *Zyromski* signalisiert, haben einen Charakter, der es mit sich bringt, daß es nicht vor allem die Arbeiterklasse ist, auf der sie lasten; sie lasten gleichfalls auf gewissen Formen des Kapitalismus und sie lasten auch auf seiner Politik.

Er fürchtet übrigens, daß diese neuen Formen, weit davon entfernt, die Klassengegensätze zu verschärfen, das Klassenbewußtsein auf Grund gewisser Erscheinungen verdunkeln.“

Diese Frage war es, deretwegen der Versuch der großen Konzentration scheiterte. Sie ist also eine grundlegende Frage. Die Majorität des Partei-

tags der Sozialistischen Partei Frankreichs ist also der Ansicht, daß die Entwicklung des modernen Kapitalismus, weit davon entfernt, den Klassenkampf zu beleben, das Klassenbewußtsein der Arbeiter verschwinden macht und sie mit gewissen Formen des Kapitalismus sich solidarisieren läßt. Uebrigens war Longuet in anderer Form Blum in der Preisgabe des Klassenkampfes vorangegangen. Der Sozialismus, erklärt er, hatte nur einen Feind: „die Reaktion in ihrer Gesamtheit“. Der französische Sozialismus stellt sich somit auf den Boden des „Radikalismus“, d. i. der kleinbürgerlichen Auffassung des Kampfes der demokratischen Parteien gegen die „Reaktion“. Das ist das „theoretische“ Postulat, das alle Koalitionen ermöglicht.

Zwei Fragen, die nicht auf der Tagesordnung des Parteitages standen, fanden dort ein Echo, das Aufmerksamkeit verdiente.

1. Die Frage des Militärgesetzes Paul Boncour. Sie hat in den Arbeitermassen eine tiefe Bewegung und eine wachsende Opposition hervorgerufen, und diese tiefe Unzufriedenheit der Massen hat ihr Echo in den sozialistischen Foederationen, die eine Arbeiterbasis haben, gefunden. Die Einmütigkeit, mit der die sozialistische Abgeordnetenfraktion für das Militarisierungsgesetz gestimmt hat, die Tatsache, daß Boncour der Verfasser und Verteidiger des Gesetzes war, hat gegen die Sozialistische Partei selbst wichtige Schichten der Arbeiterklasse in Bewegung gesetzt. Unter diesem Druck der Massen wurde die Frage unvermutet auf der Tribüne des Parteitages aufgerollt. Aber Boncour geruhte nicht, zu erscheinen, und die Gegner des Gesetzes, die Vertreter der Linken und der äußersten Linken, schlugen selbst vor, diese Debatte dadurch zu begraben, daß sie die Frage auf einen in nächster Zeit abgehaltenen Nationalrat der Partei verschoben.

2. Die Frage der Delegation Paul Boncours in den Völkerbund gab auch Gelegenheit zu einer kurzen Debatte, die lediglich die Position der Unterstützung des französischen Imperialismus durch die Sozialistische Partei bestätigte. Nichts illustriert besser diese Rolle, als die Reden, die von Grumbach - „Homo“, dem ehemaligen Agenten des französischen Imperialismus während des Krieges, und durch den Delegierten der deutschen Sozialdemokratie, Breitscheid, gehalten wurden. Beide haben die vollständige Solidarität der Sozialdemokratie mit der imperialistischen Diplomatie von Briand und Stresemann bekräftigt. Wir zitieren den „Populaire“:

„Grumbach... bedauert, daß der Vorredner dem Quai d'Orsay vorgeworfen habe, daß dieser eine imperialistische Politik verfolge, und zwar gerade in dem Augenblicke, da sich Herr Briand in Opposition zu den großen imperialistischen Mächten befinde. Niemals,“ schließt er, „war die Außenpolitik Frankreichs mehr pazifistisch als jetzt. Die Sozialistische Partei muß ihre Augen offen halten und sich gerecht zeigen.“

Und Breitscheid echote seinerseits:

„Die sozialistische Opposition in Deutschland kann nicht mehr dieselbe sein wie vor dem Kriege. Sie steht heute vor der Verpflichtung, die Außenpolitik Stresemanns zu verteidigen, weil dies in Wirklichkeit ihre eigene Politik ist.“

Kann es ein deutlicheres Zugeständnis der Rolle des Imperialismus geben als dieses? Und dies in dem Augenblicke, in dem die Kriegsgefahren von Tag zu Tag wachsen und immer drohender werden. Die Sozialdemokratie ist bereit, ihren Verrat von 1914 zu wiederholen.

Die äußerste Linke

Der Parteitag von Lyon wurde durch die Abstimmung über drei Anträge abgeschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag des Zentrums, dem sich die Rechte angeschlossen hatte, erhielt 2352 Stimmen (Mandate), die über den Antrag der Linken 774 und die über den Antrag der äußersten Linken 185.

Die äußerste Linke erreichte also nicht ganz 6 Prozent der Mandate. Trotz der politischen Situation, die für ihre Aktion sehr günstig ist, hat sie seit dem Parteitag von Clermont-Ferrand im Mai 1926 nur 21 Mandate gewonnen. Sie ist nicht in die großen Arbeiterföderationen des Nordens, der Haute-Vienne, der Saone-et-Loire eingedrungen. Ihre zahlenmäßige Schwäche wird durch eine ideologische und politische Schwäche gesteigert, die den Schlüssel für diese Stagnation ihres Einflusses gibt. Sie hat keinerlei Anstrengung gemacht, um dem Parteitag eine Diskussion über die aktuellsten Fragen, über die kapitalistische Offensive, über die Kriegsgefahren, über China aufzuzwingen. Sie hat sich dem Manöver angeschlossen, durch das die Diskussion über die Militärgesetze vertagt wurde. In dieser Frage war selbst der eingefleischte Reformist Dumoulin, der ehemalige Sekretär der CGT, der einer der ersten Kriegsgegner in Frankreich war, unvergleichlich aktiver und viel eher der Dolmetscher des Gefühles der Arbeitermassen als die äußerste Linke.

Vom ideologischen Gesichtspunkt hat sich die äußerste Linke von den alten Wiederkäuern der guesdistischen Formeln vollständig ins Schlepptau nehmen lassen. Ihr Antrag selbst enthält in dem Teil, der ihn von der Linken unterscheidet, gefährliche Widersprüche über die Einheit, die als eine mögliche Verschmelzung der beiden Internationalen und der beiden Parteien dargestellt wird, sowie über die Einheitsfront selbst, die als ein Mittel zur Verwirklichung dieser organisatorischen Einheit, wohl verstanden, nicht der Einheit der Arbeiterklasse, sondern der beiden Parteien, der sozialistischen und der kommunistischen, angesehen wird.

In seiner Rede auf dem Parteitag verteidigte Maurin die Einheitsfront, weil, wie er sagte,

„der Kommunismus, der in Rußland und in der ganzen Welt Fehler begangen hat, durch die Erfahrung weiser geworden, die Einheitsfront unter neuen Bedingungen, die vollständig annehmbar sind, vorschlägt“.

Obwohl diese äußerste Linke in der Sozialistischen Partei gegenwärtig keine Gefahr für die Majorität bedeutet, weder, was ihre ideologische Kraft, noch was die Zahl ihrer Mitglieder betrifft, wurden am Ende des Parteitages doch Disziplinarmaßnahmen gegen ihre berufensten Wortführer beschlossen. Die sozialistischen Führer fürchten zweifellos, daß die Komödie der „Linksorientierung“, die sie vor der Arbeitermasse zu spielen versucht haben, nicht den Erfolg haben wird, sie unter ihrem Einfluß zu behalten. Sie fürchten die äußerste Linke, weil die Unzufriedenheit der Arbeiter gegenüber ihrer opportunistischen und imperialistischen Politik wächst. So schwach auch die äußerste Linke sein mag, kann sie doch unter den gegebenen Umständen eine Kraft werden, und darum wurden zum Schlusse des Kongresses Disziplinarmaßnahmen gegen die Gruppe des „Funks“ beschlossen, und darum hielt Paul Boncour noch eine heftige Rede gegen die russische Revolution und den Bolschewismus.

Dieser Parteitag wird nicht den Erfolg haben, die Arbeiterklasse zu täuschen. Die Politik der Sozialistischen Partei bleibt eine Politik der Koalition mit der linken Bourgeoisie, eine Politik des Lakaientums gegenüber dem französischen Imperialismus.

Die Massen, die durch das Militärgesetz Paul Boncours aufgeweckt wurden, wenden sich von der Sozialistischen Partei ab. Wenn unsere französische Kommunistische Partei diese Situation auszunutzen versteht, indem sie eine klare, proletarische und revolutionäre Politik treibt, wenn sie mit Energie daran arbeitet, die Arbeitermassen zum Widerstand gegen die Offensive der Unternehmer und gegen die Gefahren des Krieges und der Militarisierung zu mobilisieren und zu organisieren, wird sie breite Arbeiterschichten in den Industriegebieten, die sich noch unter sozialdemokratischem Einfluß befinden, erobern.

Trotz der Verfolgungen und der Kriegserklärung der Regierung Poincaré-Herriot gegen die Kommunistische Partei ist die Situation für ihre Aktion günstiger als jemals zuvor, denn nach dem Kongreß von Lyon ist sie noch mehr als bisher die einzige wirklich proletarische Partei.

O. PJATNITZKI:

DIE ERRUNGENSCHAFTEN, DIE MÄNGEL UND DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER ORGANISATIONSARBEIT DER KI-SEKTIONEN*

4. Abgesehen davon, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen einer richtigen Anleitung seitens der Partei entbehren, ist auch ihre Arbeitsmethode falsch. Die 2. Internationale Org-Konferenz beschäftigte sich seinerzeit eingehend mit der Schaffung und den Arbeitsmethoden der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen. Unter anderem befaßte sich die Konferenz eingehend mit den hauptsächlich in Deutschland stattfindenden „Gewerkschaftstagen“. Während die Zellen sich in Deutschland ein bis zweimal im Monat versammeln, wurden die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen oft jede Woche einberufen, und zwar an ein und demselben Tag (gegenwärtig werden die „Gewerkschaftstage“ in Berlin z. B. alle drei bis vier Wochen angesetzt, mit der gleichen Tagesordnung für alle Fraktionen). Womit beschäftigten sich nun die kommunistischen Fraktionen an den „Gewerkschaftstagen“? Mit Fragen wie „Ford und Marx“, Wirtschaftsdemokratie, allgemeine Tarifpolitik und allen möglichen sonstigen allgemeinen Dingen. Natürlich müssen unsere Genossen in den Gewerkschaften sich auch in solchen Fragen auskennen. Ist es aber richtig, daß die kommunistischen Textilarbeiter, Bergarbeiter, Holzarbeiter — kurz, die Kommunisten aus den verschiedenen Industriezweigen diese Fragen gesondert diskutieren? Das sind doch alles Fragen, die alle Arbeiter angehen. Warum können sie nicht in den Zellen, allgemeinen Mitgliederversammlungen und Parteileitungen behandelt

* Fortsetzung und Schluß des Artikels in KI Nr. 17/20.

werden? Die sozialdemokratischen Arbeiter kommen in die Betriebe und werfen in die Diskussion die Frage über Wirtschaftsdemokratie, allgemeine Tarifpolitik des ADGB usw. Selbstverständlich müssen alle Kommunisten deshalb unterrichtet sein, wie diese Fragen zu beantworten sind. Die regelmäßig einberufenen „Gewerkschaftstage“, zu denen die Parteimitglieder sich gesondert nach ihren Fraktionen versammeln, sind nicht nur deshalb schädlich, weil sie die Betriebszellen, die Mitgliederversammlungen und die Parteileitungen an der Behandlung der Fragen der Gewerkschaftsarbeit hindern, wodurch der Standpunkt kommunistischer Gewerkschaftler von dem der Reformisten oft schwer zu unterscheiden ist, sondern auch deshalb, weil sich die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen an den regelmäßig stattfindenden Gewerkschaftstagen mit der allgemeinen Politik der Gewerkschaften befassen, anstatt auf Fraktionssitzungen vor Gewerkschaftsversammlungen, -konferenzen und -kongressen Fragen zu behandeln und durchzuarbeiten, die auf der Tagesordnung aller dieser Versammlungen und Konferenzen stehen, und die Taktik der Kommunisten festzulegen. Es ist durchaus möglich, daß die ungenügende Teilnahme der Parteimitglieder an den Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen gerade darauf zurückzuführen ist. In der Sitzung der engeren Bezirksleitung des Ruhrgebiets am 17. März bemerkte ein Genosse zu der schlechten Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften durchaus richtig:

„Wir leisten noch viel zu viel ‚parlamentarische Arbeit‘ in den Gewerkschaftsfraktionen, d. h. die Tätigkeit der Fraktionen läuft unabhängig und isoliert von der praktischen Arbeit in den Gewerkschaften.“

Die Gewerkschaftstage müssen liquidiert werden. Statt dessen sind die Gewerkschaftsfraktionen kurz vor den Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen einzuberufen, um zu ihrer Tagesordnung Stellung zu nehmen, die Taktik der kommunistischen Fraktionen festzulegen, die zu stellenden Anträge zu formulieren und die Redner der Fraktionen zu bestimmen; bei Wahlen müssen außerdem die Kandidaten vorgemerkt werden. Kurz und gut, es müssen alle Fragen behandelt werden, die auf den Gewerkschaftsversammlungen und -konferenzen zur Sprache kommen werden. In Deutschland wird diese Arbeitsmethode bereits angewandt, jedoch bei weitem noch nicht überall. Es muß hier festgestellt werden, daß die deutschen Genossen bis heute noch nicht auf die „Gewerkschaftstage“ verzichtet haben. Was die anderen Sektionen betrifft, so haben sie in bezug auf die richtigen Arbeitsmethoden der Fraktionen noch sehr wenig getan. Versteht eine kommunistische Fraktion, vor der Versammlung einer Gewerkschaft die Tagesordnung durchzuarbeiten, ihren Standpunkt festzulegen und entsprechende Resolutionen vorzubereiten, so wird die Fraktion dadurch zu einer beachtenswerten Kraft. Sogar wenn ihre Anträge dank den Reformisten nicht angenommen werden, haben die Kommunisten die Möglichkeit, für diese Vorschläge in den Betrieben zu agitieren. Noch sind aber Schwächen vorhanden. Wie bereits oben erwähnt, wären die Kommunisten in Itzehoe in der Lage gewesen, die Mehrheit im Ortskartell zu erobern, wenn alle Genossen in der Versammlung erschienen wären und im voraus die Tagesordnung besprochen hätten. Diese Arbeitsmethode befolgend, werden es die Kommunisten lernen, wie man in Gewerkschaftsversammlungen die Fragen aufrollt, wie man Material sammelt, wie man aufzutreten hat usw. Die an den Gewerkschaftsver-

sammlungen teilnehmenden Arbeiter werden dann in den Kommunisten tüchtige und sachliche Gewerkschafter sehen und unsere Genossen werden sich mit den Gewerkschaftsangelegenheiten vertraut machen. Nur so können Kaders kommunistischer Gewerkschaftler geschaffen werden. Es ist unbedingt notwendig, die Methoden unserer Gewerkschaftsarbeit radikal zu ändern, sonst wird ein Vormarsch sehr schwer fallen. Die Zentralkomitees und die Bezirksleitungen müssen die Linie für die Arbeit in den Gewerkschaften ausarbeiten, sich mit den allgemeinen Fragen der Gewerkschaftsbewegung befassen, unter Umständen einige dieser Fragen in den Parteiorganisationen zur Diskussion stellen; die in den Gewerkschaften arbeitenden Kommunisten müssen die Beschlüsse der Parteileitungen in den Gewerkschaften durchführen.

5. Die Frage der Leitung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen ist bei weitem noch nicht geregelt, trotzdem sich die 2. und 1. internationale Gewerkschaftskonferenz mit dieser Frage beschäftigten und einen bestimmten Beschluß über die Leitung der Fraktionen faßten.

Die Fraktionsleitungen werden nicht aus Genossen gebildet, die faktisch in den Gewerkschaften arbeiten. Die Parteileitungen stellen an die Spitze der Fraktionen gute Kommunisten, die sich jedoch in der Gewerkschaftsarbeit nicht auskennen. Deshalb befassen sich unsere Fraktionen mit abstrakten Fragen, da es an konkretem Material für die Behandlung der laufenden Tagesfragen der Gewerkschaften mangelt. Diese Mängel sind noch nicht ganz überwunden. Sie existieren noch zum Beispiel in Hamburg. Die Bezirksleitung schlug allen Ortsgruppenleitungen vor, Neuwahlen der Fraktionsleitungen vorzunehmen. Aber diese Anweisung wurde nicht in dem Sinne erteilt, daß die kommunistischen Vorstandsmitglieder in die Fraktionsleitungen gewählt werden sollen, sondern die Sache wurde auf die Weise dargelegt, daß Neuwahlen anzuberaumen sind, die in den Fraktionssitzungen der einzelnen Gewerkschaften durchgeführt werden müssen und daß in die Fraktionsleitungen Kommunisten aus den Reihen der Parteimitglieder und selbstverständlich der „orthodoxen“, hineinzuwählen sind, die Notwendigkeit, die kommunistischen Vorstandsmitglieder in die Fraktionsleitungen hineinzuwählen, wurde also in diesen Anweisungen verschwiegen. Natürlich gibt es Fälle, wo Genossen, die in den Gewerkschaften arbeiten, den kommunistischen Parteien viel schaden. Einige derartige Beispiele sind uns von deutschen Genossen übermittelt worden. Manche Parteigenossen z. B. weigerten sich, in der Vorstandssitzung ihrer Gewerkschaft den Antrag zu stellen, Delegierte zum Kongreß der Werktätigen zu entsenden. Ungeachtet dieser Einzelfälle behaupten die deutschen und tschechischen Genossen, daß man in den Fällen, wo die Leitung der Fraktionen in Händen von Genossen liegt, die faktisch in den Gewerkschaften tätig sind, in der Regel gute Resultate zu verzeichnen hat. Es wird natürlich noch viel Schwierigkeiten mit jenen Genossen geben, die in die Vorstände der Gewerkschaften gewählt worden sind, da sie in vielen Fällen auf eigene Faust, ohne genügende Anleitung durch die Parteiorgane gearbeitet haben. Darum sind bei ihnen Abweichungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsarbeit festzustellen, und oft begreifen sie nicht die Beschlüsse der Partei zu den Gewerkschaftsfragen. Daraus folgt aber keineswegs, daß diese Genossen nun von der Leitung der Fraktionen zu entfernen sind. Denn nur sie wissen genau Bescheid, wie die Gewerkschafts-

fragen entschieden werden, mit welchem Material die in den Vorstandssitzungen gestellten Anträge am besten zu begründen sind, wie die Zellen und die kommunistischen Gewerkschaftsvertrauensleute mit dem nötigen Material zu versorgen sind usw. Darum müssen die Parteileitungen alles tun, um die in den Gewerkschaftsvorständen arbeitenden Genossen der Partei näher zu bringen. Auf jeden von ihnen muß individuell dahingehend eingewirkt werden, daß sie die Linie der Partei einhalten und sich nicht der Durchführung der Parteidirektiven widersetzen. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, denn Genossen, die in leitenden Gewerkschaftsinstanzen sich betätigen, die Beschlüsse der Partei aber nicht durchführen, nützen nichts. Man muß diesen Genossen die ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden. Die kommunistischen Parteien dürfen nicht kommunistische Gewerkschaftsangestellte aus dem Grunde entfernen, weil diese Genossen die Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage nicht begreifen. Die Parteileitungen selber haben sich ja wenig um die Anleitung dieser Genossen gekümmert. Die kommunistischen Fraktionen werden durchaus nicht besser funktionieren, wenn die Fraktionsleitungen aus Genossen gebildet werden, die nicht aktiv in den Gewerkschaften als Angestellte, Vorstandsmitglieder usw. arbeiten. Nur solche Parteimitglieder müssen aus der Partei entfernt und nicht wieder gewählt werden, die sich hartnäckig weigern, die Direktiven der Partei in den Gewerkschaften durchzuführen, die trotz aller Bemühungen der Parteileitungen, sie an der Entscheidung der Gewerkschaftsfragen in der Partei mitwirken zu lassen und sie in das Parteileben hineinzuziehen, sich weigern.

6. Noch einige Worte über die Ursachen der schlechten Gewerkschaftsarbeit. Die KPD verfügt über die Mehrheit in einer gewissen Anzahl von Ortsverwaltungen und Ortsausschüssen des ADGB. Die Arbeit dieser Gewerkschaften ist aber beinahe in der Regel nicht besser als die der reformistischen. Wie war es in dieser Hinsicht in Rußland? Wenn wir in der einen oder anderen Stadt einen Stützpunkt eroberten, wenn wir auch nur in einer Gewerkschaft die Mehrheit hatten, dann verwandelten wir diesen Stützpunkt in eine Basis für die Gewerkschaftsarbeit des ganzen Bezirks. Die Gewerkschaftsorganisationen mit kommunistischer Mehrheit müssen zeigen, daß sie besser arbeiten als die reformistischen Verbände. Die von den Kommunisten geleiteten Gewerkschaftsorganisationen müssen durch ihre Arbeit konkretes Material für die Bekämpfung der Reformisten liefern. Das ist absolut unerlässlich; jedoch in Deutschland ist es bisher noch nicht der Fall. Ich möchte einen Auszug aus einem Bericht der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD anführen:

„Nur in zehn Fällen gelang es uns, die Erwerbslosendemonstrationen zusammen mit den Ortsausschüssen des ADGB zu organisieren. Das ist ein sehr bedeutsamer Mangel, denn 70 Ortsausschüsse des ADGB werden von Kommunisten geleitet.“

Die KPD führt also eine breit angelegte Kampagne zugunsten der Erwerbslosen. Von den 70 Ortsausschüssen, die eine kommunistische Mehrheit haben, beteiligten sich aber an den Demonstrationen nur 10 Ortsausschüsse. Die übrigen 60 führten die Direktiven der Partei nicht durch und organisierten keine Erwerbslosendemonstrationen.

In der Gleiwitzer Ortsverwaltung des Eisenbahnerverbandes wurde ein Sozialdemokrat zum Vorsitzenden gewählt, obwohl die übrigen Vorstands-

mitglieder Kommunisten waren. In Dresden wurden in einem Kommunalbetrieb sieben KPD-Mitglieder und fünf Sozialdemokraten in den Betriebsrat gewählt. Die KPD-Mitglieder wählten nicht nur einen Sozialdemokraten zum Vorsitzenden, sondern entsandten auch in den Ausschuß aller städtischen Betriebe der Stadt Dresden drei Sozialdemokraten und einen Kommunisten. Aus Buer berichtet ein Genosse aus der Gewerkschaftsabteilung der Parteileitung, daß in den Kontrollausschuß der staatlichen Bergwerke ein Sozialdemokrat gewählt worden ist, obwohl die Kommunisten in dem Vorstand des vereinigten Betriebsrats aller staatlichen Bergwerke die Mehrheit hatten. Ich habe noch nie davon gehört, daß Sozialdemokraten, wenn sie in der Mehrheit sind, einen Kommunisten zum Vorsitzenden des Betriebsrats oder der Gewerkschaftsorganisation wählen. Ich habe absichtlich mehrere Beispiele angeführt, damit die Genossen nicht denken, daß solche Fälle Einzelercheinungen sind. Im Gegenteil: solche Erscheinungen, wie auch die Weigerung von Parteimitgliedern, sich als Kandidaten zu Gewerkschafts- und Betriebsrätewahlen aufstellen zu lassen, sind durchaus keine Seltenheit. Sie beweisen, daß nicht in allen Ortsgruppen der KPD das Verständnis dafür vorhanden ist, wie solche Stützpunkte ausgewertet werden können und müssen, um durch energische und geschickte Arbeit den Einfluß der Partei in den Gewerkschaften zu erweitern. Aber das ist keineswegs nur eine deutsche Erscheinung. In einem Brief der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KP der Tschechoslowakei an die Reichenberger Parteikonferenz vom 20. September 1926 ist folgende Passus enthalten:

„Der Einfluß der Partei erstreckt sich auch auf die reformistischen Verbände: ganze lokale Gewerkschaften befinden sich unter kommunistischer Leitung, jedoch werden diese Möglichkeiten nicht ausgenutzt.“

7. Woran liegt es, daß die Fraktionen schlecht funktionieren? In allen kommunistischen Parteien sind zur besseren Leitung der Gewerkschaftsfraktionen Gewerkschaftsabteilungen geschaffen worden. Anstatt nun die Arbeit der Fraktionen zu leiten, sie zu kontrollieren und zu instruieren, sind die Gewerkschaftsabteilungen bestrebt, selber die Arbeit zu leisten, die den Fraktionen zufällt. Eine Gewerkschaftsabteilung mag über einen noch so großen Apparat verfügen, sie kann niemals in der Lage sein, unmittelbar die gesamte Arbeit aller Fraktionen mit eigenen Kräften zu bewältigen. In vielen Ländern stehen die Gewerkschaftsabteilungen der Zentralkomitees sogar mit den Gewerkschaftsabteilungen der Bezirksleitungen nicht in Verbindung, und auch die letzteren arbeiten isoliert von den Ortsgruppenleitungen. Ich bin im Besitz des Berichtes eines Instruktors, der die Arbeit der Ortsgruppenleitungen des Ruhrgebiets nachgeprüft hat. In einer Stadt hat er 15 kommunistische Gewerkschaftsfraktionen untersucht und nur bei drei Fraktionen ein enges Zusammenarbeiten zwischen der Gewerkschaftsabteilung der Ortsgruppenleitungen und den Fraktionen festgestellt. In allen anderen Fällen bestand entweder überhaupt keine Verbindung oder aber sie war ungenügend. Die Gewerkschaftsabteilung der Bezirksleitung Ruhrgebiet hatte gar keinen Kontakt mit den Gewerkschaftsabteilungen der Ortsgruppenleitungen. Unter solchen Bedingungen bekommen die Fraktionen keine Anweisungen und bleiben sich selbst überlassen. Wie kann aber die Gewerkschaftsabteilung der Parteileitung die Fraktionen mit Material versorgen und die von ihnen einzuhaltende Linie festlegen, wenn sie keine enge Verbindung mit der Gewerk-

schaftsabteilung der Bezirksleitung hat und von dieser nicht die nötigen Hinweise erhält.

Dieses anormale Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsabteilungen der Parteileitungen und den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, dieses Fehlen einer entsprechenden Anleitung der Fraktionen seitens der Parteileitungen (Gewerkschaftsabteilungen) und dieser fehlende Kontakt zwischen den Gewerkschaftsabteilungen der Bezirksleitungen und den der Ortsgruppenleitungen haben erhebliche Mängel in der Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten zur Folge.

Die Orgabteilung des EKKI erhielt kürzlich einen Bericht eines Instruktors, der im März 1927 die Bezirksorganisation des Ruhrgebiets besuchte. Ich führe einige Auszüge aus diesem Bericht an, die sich auf die oben behandelten Fragen beziehen. Der Instrukteur teilte mit:

„Gestern (20. März 1927) fand in Bochum die Revierkonferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebiets statt. Die Delegierten zu ihr wurden in 60 Bezirken des Verbandes durch die Vorstandsmitglieder der sich im Bereich jedes einzelnen Bezirkes befindenden Zahlstellen gewählt. Das Ergebnis der Wahlen war folgendes: Auf 500 Delegierte entfielen im ganzen nur etwa 10 Kommunisten. Es versteht sich von selbst, daß die Blicke aller 400 000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets auf die Konferenz gerichtet sind. Die Bezirksleitung Ruhrgebiet wußte aber nicht, wieviele und welche Kommunisten zur Konferenz gewählt worden sind. Die Bezirksleitung hatte keine Direktiven für die kommunistischen Delegierten ausgearbeitet; ja noch mehr, einige verantwortliche Mitglieder der Bezirksleitung wußten überhaupt nicht, daß eine solche Konferenz in Bochum stattfindet. Dabei stand auf der Tagesordnung die Annahme oder Ablehnung des vom Schiedsgericht vorgeschlagenen Tarifvertrages. Als die BL von der bereits eröffneten Konferenz Kenntnis erhalten hatte, wollte sie sich mit der Verteilung von 500 Exemplaren der Parteizeitung an die Delegierten der Konferenz begnügen, die unsere Forderungen zu den Tagesordnungspunkten darlegte. Nolens Volens mußten wir uns mit der Konferenz beschäftigen.“

Aus dem Material über die Bezirksorganisation Mittelrhein ist zu ersehen, daß Fragen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen den Arbeitern und Unternehmern des Rheinlandes von der Bezirksleitung nicht behandelt worden sind, und daß die BL keine diesbezüglichen Beschlüsse gefaßt hat, obwohl die Gewerkschaften in Verhandlungen über die Erneuerung der Tarifverträge standen. Wie aus Mitteilungen aus Oberschlesien zu ersehen ist, haben während des Jungarbeiterstreiks in Mikultschütz die Anweisungen und die Direktiven der Gewerkschaftsabteilung der Parteileitung die Zellen nicht erreicht. Ein bereits im Punkte 3 des Abschnittes über die Arbeit der Fraktionen zitierter Bericht besagt, daß die Direktiven der Gewerkschaftsabteilung über den Kampf um Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit den kommunistischen Vorstandsmitgliedern des Bergarbeiterverbandes erst drei Wochen nach ihrer Annahme durch die Parteileitung übermittelt worden sind. Schließlich wird aus Oberschlesien berichtet, daß die Betriebsräte wahlen in einem Großbetrieb mit 1700 Arbeitern erst nachträglich der Bezirksleitung bekannt wurden. Dabei liegt dieser Betrieb einige Schritte weit von dem Lokal der Parteileitung und außerdem arbeiten in dem betreffenden Betrieb ein Mitglied der Bezirksleitung und ein Mitglied der Gewerkschaftsabteilung der BL.

Dieser Zustand muß überwunden werden. Das schlechte Funktionieren der Gewerkschaftsabteilungen gehört auch zu den Gründen, auf die die schlechte Arbeit und der ungenügende Einfluß der Kommunisten in den

Gewerkschaften zurückzuführen sind. Wenn möglichst viele Parteimitglieder in den Gewerkschaften arbeiten und die Gewerkschaftsabteilungen diese Arbeit unterstützen, dann werden die Kommunisten auf diesem Gebiet mit den Reformisten konkurrieren und die Massen der Gewerkschaftsmitglieder gewinnen können. Wenn aber unsere bisherige Methode der Gewerkschaftsarbeit nicht geändert wird, dann werden die Arbeiter den kommunistischen Parteien nicht folgen und werden bei Wahlen in den Gewerkschaften ihre Stimme für jene abgeben, die tatsächlich in den Gewerkschaften Arbeit leisten, d. h. für die Reformisten. Denn die Arbeiter sehen nicht oder sehen sehr selten, daß Kommunisten Gewerkschaftsarbeit leisten, sie wissen nicht, was die Kommunisten in den Gewerkschaften machen und folgen darum den Sozialdemokraten, trotzdem sie von diesen tagtäglich verraten werden. Ich habe versucht, an Hand des spärlichen Materials, das uns zur Verfügung steht (hauptsächlich bezieht es sich auf Deutschland), zu zeigen, warum die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften nicht oder nur langsam vorwärts geht.

8. In den Ländern, wo die Gewerkschaftsbewegung gespalten ist und wo es rote, der Profintern angeschlossene Gewerkschaften gibt (Frankreich, Tschechoslowakei, Holland) leisten die Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften entweder überhaupt keine Arbeit (Frankreich, Holland) oder aber sie tun das in durchaus ungenügendem Maße (z. B. in der Tschechoslowakei). In Frankreich traten nach der Bildung der roten Gewerkschaften fast alle Kommunisten aus den Amsterdamer Gewerkschaften in die roten über. Von der Tschechoslowakei wurde bereits oben gesagt, daß von den 45 575 gewerkschaftlich organisierten Parteimitgliedern 9100 in den tschechischen und deutschen Gewerkschaften Amsterdamer Richtung organisiert sind, die insgesamt 574 006 Mitglieder zählen. Den roten Gewerkschaften, die 201 035 Mitglieder umfassen, gehören 35 653 Kommunisten an. In einer ganzen Reihe von Ländern (Deutschland, Tschechoslowakei, Holland, Polen, Belgien, Italien) bestehen neben den Amsterdamer und roten Gewerkschaften noch katholische und christliche Gewerkschaftsverbände mit Hunderttausenden von Mitgliedern. In diesen Gewerkschaften wird von den Kommunisten keine Arbeit geleistet. Es seien hier einige Zahlen über diese Organisationen angeführt (die Angaben sind den offiziellen Quellen dieser Organisationen entnommen). Die christlichen Gewerkschaften Italiens zählten vor dem Feldzug Mussolinis gegen die antifaschistischen Organisationen 1 200 000 Mitglieder (die Katholiken werden auch als Antifaschisten betrachtet). In Deutschland umfassen die katholischen und protestantischen Arbeiter- und Angestelltenverbände ungefähr 700 000 Mitglieder. In Belgien zählten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1925 150 000 Mitglieder. In 17 einzelnen christlichen Verbänden Hollands waren Anfang 1927 90 530 Mitglieder zusammengeschlossen. Die christlichen und christlich-sozialen deutschen und tschechischen Gewerkschaften der Tschechoslowakei umfassen 134 054 Mitglieder. Außerdem gibt es in der Tschechoslowakei national-sozialistische Gewerkschaftsverbände mit 307 296 Mitgliedern. In sämtlichen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind im ganzen nur 821 Kommunisten organisiert. In anderen Ländern ist diese Zahl noch geringer. Dabei haben die Katholiken und andere christliche Parteien nicht nur ihre

eigenen Gewerkschaften, sondern auch Jugend-, Frauen- und Bauernorganisationen. Sie verfügen über eine weit verbreitete Tagespresse und erhalten bei Wahlen sehr viel Stimmen. Allein für die katholische Zentrums-partei in Deutschland stimmten bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 4 118 000 Wähler, darunter nicht wenig Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der Einfluß der christlichen, national-sozialistischen und katholischen Parteien in der Tschechei kann vernichtet oder zumindestens geschwächt werden, wenn die Kommunisten in die Gewerkschaften dieser Parteien eintreten und dort geschickt arbeiten. Das ist um so leichter, als die Führer der katholischen und ähnlicher Gewerkschaftsverbände natürlich nicht die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. In einigen Organisationen der deutschen Zentrums-partei hat sich eine Arbeiteropposition gebildet. Der oben zitierte Bericht über die Bezirksorganisation Ruhrgebiet vom 17. März 1927 enthält folgenden Passus:

„Die Genossen konnten feststellen, daß die Berichte der aus Sowjetrußland zurück-gekehrten christlichen Mitglieder der Arbeiterdelegation unter den Arbeitern der Zentrums-partei von unzweifelhaftem Erfolg gewesen sind. Jetzt ist es für die Kommunisten möglich geworden, Zentrums-versammlungen zu besuchen und in ihnen auf-zutreten.“

Vor den kommunistischen Parteien jener Länder, in denen es nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaften gibt, steht die unaufschiebbare Aufgabe, neben der verstärkten Arbeit in den freien (Amsterdamer) Gewerkschaftsorganisationen eine systematische Arbeit auch in den christlichen Gewerkschaften in Angriff zu nehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich bei den faschistischen Gewerkschafts-verbänden Italiens verweilen. In Italien sind breite Arbeitermassen ge-zwungen, den faschistischen Gewerkschaften anzugehören, da die Mitglieds-beiträge einfach vom Lohn abgezogen werden und die Arbeiter keine Be-schäftigung finden können, wenn sie nicht den faschistischen Gewerkschaften angehören. Darum muß die KP Italiens alles tun, um in den faschistischen Gewerkschaftsorganisationen festen Fuß zu fassen. Der Einwand, daß die faschistischen Gewerkschaften keine demokratischen Organisationen sind, ist zwar durchaus richtig. Die Sekretäre dieser Gewerkschaften werden nicht gewählt, sondern durch die faschistischen Instanzen ernannt. Mitglieder-versammlungen werden nicht einberufen usw. Und trotzdem können und müssen die Kommunisten in diesen Organisationen arbeiten. Die italienischen Genossen können in den faschistischen Gewerkschaften die Methoden der Zersetzung und der Entlarvung anwenden. Sie können bei jeder Gelegen-heit den antiproletarischen und antidemokratischen Charakter dieser Ge-werkschaften bloßstellen. Sie können die schärfste Kritik an den Kollektiv-verträgen üben, die unter Ausschaltung der Arbeiter geschlossen werden und ihre Interessen verletzen. Sie können den Arbeitern sagen: ihr Proleten seid Mitglieder der faschistischen Gewerkschaften, ihr zahlt eure Beiträge, ihr habt aber nichts zu sagen, die Gewerkschaftsfragen werden ohne euch ent-schieden, die Faschisten reden in eurem Namen, sie verlängern die Arbeits-zeit und kürzen die Löhne, ohne von euch dazu ermächtigt zu sein. Ver-langt darum eine demokratische Organisationsform der Gewerkschaften, fordert die Einberufung von Mitgliederversammlungen, verlangt in Resolu-tionen die Wählbarkeit der Gewerkschaftssekretäre usw. Die italienischen Arbeiter sind an demokratische Organisationsformen der Gewerkschaften

gewöhnt und die KPI muß diese Möglichkeit ausnützen, um die faschistischen Gewerkschaften zu zersetzen.

9. Eine wichtige Frage ist die Verteilung der Arbeit unter den Parteimitgliedern, insbesondere unter den Funktionären. Aus dem Material, über das die Org-Abteilung des EKKI verfügt, ist zu ersehen, daß die Genossen zu überlastet sind, worunter die Arbeit in einigen Massenorganisationen leidet. Die Parteimitglieder müssen vielen Organisationen angehören, um in ihnen die Linie der Partei durchzuführen und diese Organisationen auf die Bahn des Klassenkampfes zu bringen. Mitteilungen über die Zahl der Parteimitglieder, die verschiedenen proletarischen Organisationen angehören, liegen uns nur aus der Tschechoslowakei vor (auch diese Angaben sind unvollständig). Von den 92 691 Parteimitgliedern, die von der Statistik erfaßt worden sind, waren organisiert in:

Gewerkschaften	45 575
Internationale Rote Hilfe	23 670
Genossenschaften	27 320
Arbeitersportvereine	16 160
Freidenkerverbände	12 002
Organisationen der armen Bauern	1 886
Organisationen der Kriegsinvaliden	2 382
Mieterorganisationen	2 294
Feuerwehreveine	6 394
Sonstige Organisationen	2 050

Alle diese Organisationen halten natürlich ihre Sitzungen und Versammlungen ab. Und da die Parteimitglieder zugleich mehreren proletarischen Organisationen angehören, so ergibt sich — insbesondere gilt das für die Funktionäre — eine allzu große Belastung. Im gedruckten Bericht der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg für die Zeit vom 1. Juni bis 31. Dezember 1926 sind folgende Angaben über Versammlung und Sitzungen der kommunistischen Gewerkschaftsfractionen enthalten:

Zentrale „Gewerkschaftstage“	146
Allgemeine Fraktionssitzungen	40
Sitzungen der Fraktionsleitungen	185
Sitzungen der Branchenfraktionen	213
Sitzungen der Fraktionen der Verwaltungsbezirke	352
Sitzungen der Fraktionen der Gewerkschaftssektionen	39
Sitzungen der Gewerkschaftsabteilung der BL	6
Sitzungen der Leiter der Fraktionsleitungen gemeinsam mit den Gewerkschaftsleitern der Verwaltungsbezirke	6
Sitzungen der Gewerkschaftsleiter der Verwaltungsbezirksleitungen	3
Sitzungen der kommunistischen Mitglieder der lokalen Ortsverwaltungen verschiedener Gewerkschaftsverbände	3
Sitzungen der Fraktionen des gewerkschaftlichen Ortskartells	4
Sitzungen der kommunistischen Gewerkschaftsangestellten	1
Sitzungen der Staatsbeamten	2
Konferenz der kommunistischen Eisenbahner des Bezirks Berlin-Brandenburg	1
Konferenz der Bergarbeiter (Bezirk Nieder-Lausitz, 42 kommunistische Teilnehmer)	2

Hier sind nur die Versammlungen und Sitzungen der kommunistischen Gewerkschaftsfractionen aufgezählt. Viele Genossen aber mußten außerdem noch an Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen. Viele andere Parteimitglieder wiederum besuchten Fraktionssitzungen und Versammlungen anderer Organisationen. Diese vielen Versammlungen nehmen die ganze freie Zeit der Parteimitglieder in Anspruch. Noch schlimmer ist, daß diese Ueber-

lastung in dem Arbeitsplan der lokalen Organisationen legalisiert wird. Man scheint der Meinung zu sein, daß es kein richtiger Bolschewismus mehr ist, wenn nach dem Arbeitsplan auf jedes Parteimitglied weniger als 30 Sitzungen im Monat fallen. Der Arbeiter, der in die Partei eintritt, muß jeden Tag an irgendeiner Sitzung oder Versammlung teilnehmen. Jeden Abend kommt er spät nach Hause und hat sogar keinen freien Sonntag. Dadurch richten die kommunistischen Parteien zwischen sich und den Arbeitern eine chinesische Mauer auf, denn die Arbeiter und Sympathisierenden sind nicht gewillt, so viele Pflichten auf sich zu nehmen. Was müssen nun die kommunistischen Parteien tun, um diesen Zustand zu ändern? Sie müssen eine solche Ordnung schaffen, daß die Genossen mehr freie Zeit haben, in der sie etwas lesen können usw. Natürlich müssen ausnahmslos alle Parteimitglieder in den Gewerkschaften organisiert sein und dort aktiv arbeiten. Was aber z. B. den Roten Frontkämpfer-Bund betrifft, so muß die Partei hier die Arbeit so organisieren, daß nur ein Teil der Mitglieder ständig in Anspruch genommen wird. Die übrigen können dann in den Genossenschaften, Sportvereinen usw. arbeiten. Die Arbeit muß also so verteilt werden, daß die einzelnen Genossen nicht allzu stark belastet sind. Das ist unerläßlich, will man möglichst viele Genossen an die aktive Parteiarbeit heranziehen. Der jetzige Zustand dagegen wird dadurch charakterisiert, daß zwar alle Parteimitglieder den Massenorganisationen angehören müssen, die Arbeit unter ihnen aber nicht aufgeteilt und es nicht festgelegt worden ist, welche Genossen in welchen Organisationen ständig zu arbeiten haben. Darum denken die Genossen oft: in der betreffenden Organisation sind viele Kommunisten, warum soll gerade ich in die Versammlung gehen, man wird auch ohne mich auskommen. Und wenn die Anwesenheit der Parteimitglieder unerläßlich ist, so stellt sich heraus, daß von den Kommunisten gar keiner oder nur wenige erschienen sind, weswegen die notwendigen Beschlüsse nicht durchgesetzt werden können.

Was ist also zu tun, um die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften in Gang zu bringen? Meiner Meinung nach müssen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

- a) Alle Kommunisten sind verpflichtet, in ihre zuständige Gewerkschaft einzutreten und sich zur kommunistischen Fraktion zusammenzuschließen.
- b) Die Leitung der Fraktionen muß in Händen von Genossen liegen, die in den Körperschaften der Gewerkschaftsbewegung arbeiten.
- c) Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen müssen sich in erster Linie mit den Fragen befassen, die in den entsprechenden Gewerkschaftsorganisationen behandelt werden.

Die Fraktionssitzungen werden in der Regel vor Versammlungen, Sitzungen, Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften einberufen.

Die Stadtteil-, Unterbezirks-, Bezirksleitungen und Zentralkomitees bestimmen (durch ihre Gewerkschaftsabteilungen) die von den Fraktionen in den Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen der Gewerkschaften einzuhaltende Linie. Vor Kongressen und Konferenzen der Gewerkschaften berufen die genannten Parteileitungen die Fraktionsleitungen und die aktiven Genossen der betreffenden Gewerkschaft, um die wichtigsten Fragen der Tagesordnung zu behandeln, das für das Auftreten der Kommunisten nötige Material durchzuarbeiten usw.

d) Regelmäßige und gleichzeitige Einberufung besonderer Versammlungen und Sitzungen der Gewerkschaftsfraktionen (Gewerkschaftstage) mit ein und derselben Tagesordnung, zur Behandlung allgemeiner Fragen, die vor allen Gewerkschaften und der Gesamtpartei stehen, ist unzweckmäßig und schädlich.

Diese Fragen müssen von den Parteiorganisationen und zuständigen Körperschaften behandelt werden (Zellensitzungen, allgemeine Mitgliederversammlungen der Zellengruppen, der Stadtteile usw.), und zwar nach der Durcharbeitung solcher Fragen durch die Zentralkomitees und Bezirksleitungen.

e) Die lokalen Gewerkschaftsorganisationen (Zahlstellen und Ortsausschüsse), in denen die Kommunisten in der Mehrheit sind, müssen zu einer Basis für die kommunistische Gewerkschaftsarbeit in dem betreffenden Verband, Bezirk und im ganzen Lande werden. Damit sie diese Funktion erfüllen können, muß eine gut funktionierende Verbindung im Rahmen der kommunistischen Fraktionen ein- und desselben Verbandes untereinander hergestellt werden.

Die zuständigen Parteileitungen müssen den kommunistischen Fraktionen, die die Mehrheit in den Gewerkschaftsinstanzen haben, allergrößte Aufmerksamkeit widmen und sie auf jede Weise unterstützen.

f) Zwischen der Gewerkschaftsabteilung des ZK und den Gewerkschaftsabteilungen der Bezirksleitungen sowie zwischen diesen und den Gewerkschaftsabteilungen der Ortsgruppenleitungen muß eine möglichst enge Verbindung hergestellt werden.

Die Gewerkschaftsabteilungen der Parteileitungen müssen die Gewerkschaftsfraktionen leiten und kontrollieren, ohne jedoch ihre Funktionen zu übernehmen.

g) Die Betriebszellen müssen alles daransetzen, um den gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörper in den Betrieben zu erobern, unabhängig von der Richtung der Verbände, dem die Vertrauensleute angehören (Amsterdam, katholisch, christlich, national-sozialistisch usw. — in der Tschechei). Die kommunistischen Vertrauensleute müssen im Interesse der Arbeiter des Betriebes Kleinarbeit leisten und dürfen sich nicht bloß auf die Kritik der Gewerkschaftsbürokraten beschränken.

Nur so, durch hartnäckige und geschickte Kleinarbeit, werden die kommunistischen Vertrauensleute das Vertrauen der Arbeiter in den Betrieben gewinnen. Wenn in den Betrieben richtige Gewerkschaftsarbeit geleistet wird, wird es den Reformisten nicht mehr möglich sein, die aktiven Parteimitglieder wegen ihrer Arbeit in den Gewerkschaften aus den Amsterdamer Verbänden auszuschließen.

Die Zellen, die Parteileitungen und die Zellengruppenleitungen müssen die kommunistischen Vertrauensleute aufs energischste unterstützen.

h) In den roten Gewerkschaften müssen nicht nur die kommunistischen Vorstandsmitglieder, sondern, genau wie in Verbänden anderer Richtungen, alle Kommunisten überhaupt zu Fraktionen zusammengeschlossen werden. Die Punkte b, c und d beziehen sich auch auf die roten Gewerkschaften.

i) In Ländern, wo es rote Gewerkschaften gibt (Tschechoslowakei, Frankreich, Holland usw.) und wo die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften anderer Richtungen (reformistisch, christlich, katholisch und

national-sozialistisch) unbefriedigt ist, müssen die Parteileitungen Genossen in diese Verbände dirigieren, ohne vor der Notwendigkeit des Ausscheidens solcher Genossen aus den roten Gewerkschaften zurückzuschrecken.

k) Die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder müssen nicht nur für die roten, sondern auch für die reformistischen Verbände Mitglieder werben. Je mehr Mitglieder die kommunistischen Parteien den Gewerkschaften zuführen, um so stärker wird ihr Einfluß in dem betreffenden Verband.

l) Die Zellen-, Zellengruppen-, Stadtteil- und Ortsgruppenleitungen müssen die Arbeit unter den Parteimitgliedern so verteilen, daß die einen nicht allzuviel in Anspruch genommen werden, während die anderen von jeder Arbeit befreit sind. Eine solche unrichtige Verteilung der Parteipflichten hemmt die Arbeit in den Massenorganisationen, darunter natürlich auch in den Gewerkschaften.

Wenn die Sektionen der KI die aufgezählten Maßnahmen durchführen, werden sie in der Lage sein, die reformistischen und anderen Gewerkschaftsführer in den Gewerkschaften zu isolieren; auf diese Weise werden die Gewerkschaftsführer dann verhindert sein, bei Tarifverträgen oder bei Streiks die Interessen der Arbeiter zu verraten. Dadurch wird man die breiten Arbeitermassen aus dem Einfluß der Sozialdemokraten sowie der christlichen, national-sozialistischen und faschistischen Parteien loslösen können.

Im Jahre 1926 haben die Sektionen der Kommunistischen Internationale bedeutende Erfolge in bezug auf die Umwandlung ihrer Organisationen, die vor der Umstellung sozialdemokratischen Wahlverbänden ähnlich waren, in kampffähige Gebilde erzielt. Die ersten vier Monate des Jahres 1927 haben gezeigt, daß die kommunistischen Parteien in derselben Richtung vorwärts marschieren. Erinnerung man sich an den Teil der Rede des Genossen Lenin auf dem 4. Weltkongreß, der sich auf die Resolution bezieht, die unter engster Mitwirkung Lenins ausgearbeitet und vom 3. Kongreß angenommen worden war und der er große Bedeutung beilegte, so wird es klar, daß die Errungenschaften der KI-Sektionen, trotz der noch vorhandenen Mängel, über die ich in meinen Ausführungen gesprochen habe, bereits jetzt schon bedeutend sind. Genosse Lenin sagte seinerzeit, daß die ausländischen Genossen auch verstehen müssen,

„was wir über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien geschrieben haben und was die Ausländer, ohne es gelesen, ohne es verstanden zu haben, unterzeichnet haben. Das müssen sie zu ihrer großen Aufgabe machen. Man muß diese Resolution zur Durchführung bringen.“

Genosse Lenin war sich dessen bewußt, daß das nicht leicht fallen wird und daß sich Erfolge auf diesem Gebiet bei weitem nicht sofort zeigen werden. Er wies darauf in derselben Rede hin:

„Man kann das nicht über Nacht tun, das ist absolut unmöglich.“

Man kann nicht behaupten, daß bereits alle kommunistischen Parteien sich die Organisationsmethoden der Bolschewiki angeeignet haben, jedoch sind sie seit dem 4. Weltkongreß dazu übergegangen, die Organisations-

prinzipien, von denen Genosse Lenin in seiner Rede auf dem 4. Weltkongreß sprach, zu verwirklichen.

Jetzt kann bereits mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die Organisationsprinzipien der von Lenin geführten bolschewistischen Partei auch für die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder durchaus anwendbar sind.

L. HELLER :

DAS AUSLÄNDISCHE KAPITAL IN CHINA

Mit seinem Eindringen in China suchte das ausländische Kapital Absatzmärkte, billige Rohstoffquellen und billige Arbeitskräfte ausfindig zu machen, und den Zweck zu erreichen, in Form von Anleihen im Eisenbahnbau, in Industrieanlagen, in Banken usw. Kapital zu investieren. Es ist jedoch klar, daß zu verschiedenen Zeiten und für die verschiedenen kapitalistischen Staaten die Bedeutung der einzelnen Formen und Methoden des Eindringens verschieden war. Als Ergebnis der beiden Opiumkriege ist bekanntlich das englische Kapital als erstes in China eingedrungen. Während einer ganzen Reihe von Jahrzehnten (von den 40er Jahren bis Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts) bestand die Hauptform der Ausbeutung Chinas durch das englische Kapital in der Einfuhr englischer Fabrikwaren, hauptsächlich von Garnen und Webwaren, im Austausch gegen solche Produkte wie Seide, Tee, Metalle. Für die englischen Industriellen und Kaufleute bildete der ungleiche Austausch eine Quelle der Bereicherung; sie verkauften ihre Waren zu einem hohen, kauften aber die chinesischen Waren zu einem niedrigen Preis.

Dieser ungleiche Austausch findet darin seinen Ausdruck, daß der chinesische Export nach England 35 Jahre lang (1851 bis 1885) den englischen Import nach China jährlich um 5 Millionen Pfund Sterling überstieg. Das englische Kapital hat auf diese Weise in diesen 3½ Jahrzehnten gegen 3½ Milliarden Mark aus China herausgezogen*. In dieser ersten Periode ist Lancashire der Hauptausbeuter Chinas. Ende der 80er und in den 90er Jahren beginnt die zweite Periode. Diese wird dadurch charakterisiert, daß zugleich mit der Einfuhr von Waren auch die Einfuhr von Kapital eine stetig zunehmende Bedeutung gewinnt. Das war die Zeit, als in England einerseits die Schwerindustrie eine große Entwicklung erfuhr und andererseits die Rolle des Bankkapitals in ständigem Wachsen begriffen war.

Das mit der Schwerindustrie aufs innigste verbundene Finanzkapital näherte sich China aufs neue. Der arme, durch die Ausbeutung der vorangegangenen Periode erschöpfte chinesische Markt war nicht imstande, durch einfachen Austausch die teuren Fabrikate der Schwerindustrie aufzunehmen. Hier tritt nun als erstes das Finanzkapital auf den Plan. Es gibt der chinesischen Regierung langfristige, selbstverständlich entsprechend garantierte Anleihen, in der Hauptsache für den Eisenbahnbau. China braucht nur all-

* E. Burns, *British Imperialism in China*, London 1923, S. 10.

jährlich die Zinsen und eine relativ geringe Summe für die Amortisation der Anleihen aufzubringen. Das Finanzkapital heimst durch Plazierung großer Anleihen zu außerordentlich vorteilhaften Bedingungen riesige Gewinne ein, während die Schwerindustrie hierbei große Aufträge erhält, die durch die Anleihebedingungen selbst gesichert sind.

Das ist die zweite Form, in der das ausländische Kapital ins Land dringt.

Mit dem Erscheinen des Finanzkapitals hat die erste Form, die Form der Ausbeutung durch den Handel, selbstverständlich kein Ende gefunden, sie ist nur in den Hintergrund gedrängt worden.

Vom Eisenbahnbau geht das Auslandskapital über zur Errichtung von Fabriken und Werken. Die Verbindung moderner Technik mit dem billigen chinesischen Rohstoff und der bettelhaft bezahlten chinesischen Arbeit ergibt einen solchen Profit, oder richtiger einen solchen Ueberprofit, wie er in der Regel im Mutterlande nicht zu erzielen ist.

Das Erscheinen des ausländischen Kapitals hatte für die gesamte Volkswirtschaft Chinas die tiefgehendsten Folgen. Diese war um diese Zeit zum größten Teil eine vorkapitalistische, zum Teil eine handelskapitalistische. Auf dem flachen Lande herrschte der Naturalaustausch, in der Stadt herrschte die handwerkliche Produktion und die Manufaktur ungeteilt. Es gab auch nicht einmal die kleinsten Ansätze für eine Maschinenindustrie. Beim Fehlen von Kommunikationsmitteln konnte es auch keinen nationalen Markt geben. Der lokale Charakter des gesamten Wirtschaftslebens war vorherrschend.

Das Auslandskapital führte durch die Einfuhr von Massenartikeln und Fabrikwaren, durch die Errichtung von Eisenbahnlinien, durch die Erweiterung der Märkte relativ schnell zu einer Zersetzung der früheren ländlichen Lebensart sowie zur Differenzierung des Dorfes, zur Vernichtung des städtischen Handwerks und zur Bildung einer neuen Formation der chinesischen Bourgeoisie in Form des Kompradorentums. Ohne Kenntnis der Sprache, des Marktes, der Kreditfähigkeit der chinesischen Firmen, der Handelsgebräuche in China, sahen sich die ausländischen Kapitalisten gleich zu Beginn ihres Eindringens in China veranlaßt, die chinesische Bourgeoisie, gewöhnlich auf der Basis des Kommissionsgeschäfts, als Vermittler-Kompradors in weitem Umfange heranzuziehen. Diese Vermittler gingen mit den Interessen des ausländischen Kapitals eine innige Verbindung ein. Nach Maßgabe der Entwicklung des chinesischen Außenhandels und der Erweiterung der Operationen der ausländischen Kapitalisten wuchsen auch die Einnahmen der Kompradors. Die Vertretung des ausländischen Kapitals wurde seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts neben der Ausplünderung des Volkes durch Beamte und Militärs eine der Hauptquellen für die Bereicherung der chinesischen Bourgeoisie und gerade ihres kompradorischen Teiles.

Während es die Kompradors begünstigte, wehrte sich das ausländische Kapital mit allen ihm zugänglichen Mitteln gegen das Aufkommen einer einheimischen chinesischen Industrie. Diese Mittel und Methoden des Druckes waren außerordentlich verschieden und bedeutsam: sowohl das technische wie finanzielle organisierte Uebergewicht, die Zoll- und Rechtsprivilegien (Exterritorialität, Konsulargerichtsbarkeit, Steuerfreiheit usw.) und endlich der politische Druck. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß

die einheimische Industrie sich nur sehr langsam entwickelte, und zwar nur in jenen Zweigen, die das ausländische Kapital weniger interessierten.

Diese Lage hat sich bekanntlich während des imperialistischen Krieges, als für eine Zeitlang der Druck des Auslandskapitals (mit Ausnahme des japanischen) wegfiel, und andererseits das Fehlen der ausländischen Konkurrenz der entstehenden einheimischen Industrie gewaltige Gewinne brachte, verändert. In wenigen Jahren entwickelte sich eine ziemlich bedeutsame einheimische Industrie, besonders die Textilindustrie, die Mühlen-, Tabak- und Zündholzindustrie. Die neu entstandene chinesische Industrie-Bourgeoisie festigte ihre Positionen auch im Bergbau und in der Schifffahrt, ebenso wie das chinesische Bankkapital ein weiteres Wachstum erfährt. Die „Kommandohöhen“, wie die Eisenbahnen, der See- und Flußtransport, der Bergbau, die Metallurgie und endlich die Banken verbleiben jedoch in den Händen des Auslandskapitals. Selbst in der Textilindustrie, in der sich das chinesische Kapital am allermeisten befestigt hat, muß dieses in den letzten Jahren vor dem japanischen zurückweichen, dessen Anteil an der Textilindustrie fortgesetzt zunimmt.

Wir wollen nunmehr das spezifische Gewicht der größten imperialistischen Staaten in der Oekonomie Chinas betrachten. Hierbei muß sofort gesagt werden, daß die Feststellung des Anteils und der Dimensionen der Kapitalien der einzelnen Staaten an der Volkswirtschaft Chinas, im besonderen an den Anleihen, dem Eisenbahn- und Bankkapital auf große Schwierigkeiten stößt. Die Anleihen hatten nicht selten heimlichen Charakter; es drangen keine näheren Angaben über sie in die Öffentlichkeit. Das japanische und selbst das amerikanische Kapital, seltener das englische, hielten eine Maskierung für nötig und deckten sich hinter chinesischen Korporationen oder gemischten Gesellschaften. Im Resultat haben wir eine außerordentliche Abweichung sowohl in der Schätzung des gesamten in China investierten ausländischen Kapitals, wie des Anteils der einzelnen Länder. So veranschlagt beispielsweise der letzte Bericht der Chartered Bank of India, China and Australia vom 30. März 1926 allein den Betrag des in China investierten englischen Kapitals auf 350 000 000 Pfund Sterling, das sind gegen 7 Milliarden Mark. Demgegenüber schätzt das amerikanische Informationsbüro bei der Association des Außenhandels in seinem letzten Berichte das gesamte in China investierte Auslandskapital (Hongkong ausgenommen) auf 2 bis 2½ Milliarden amerikanischer Dollars, d. i. auf 8 bis 10 Milliarden Mark*. Die gleichen Schwankungen trifft man auch in der Schätzung des Eisenbahnkapitals in seiner Gesamtheit wie des Anteils der einzelnen Staaten im besonderen. Genaue Ziffern gibt es lediglich in bezug auf den Außenhandel, die Schifffahrt und die Textilindustrie. Die anderen Ziffern haben nur annähernden, zuweilen selbst nur informatorischen Charakter.

Beginnen wir mit dem Außenhandel.

Die Bedeutung des Außenhandels Chinas hat in den letzten 1½ Jahrzehnten zugenommen. Unmittelbar vor dem Kriege, im Jahre 1913, betrug der Außenhandel Chinas 1,7 Prozent des Welthandels; nach zehn Jahren, im Jahre 1923 beträgt er schon 3,4 Prozent, und beläuft sich auf 1 676 000 chinesische Taels (ungefähr 5 Milliarden Mark). Er erfährt dann eine weitere Zunahme und übersteigt im Jahre 1926 6 Milliarden Mark.

* China Weekly Review vom 9. 4. 1927.

Welches war nun der Anteil der einzelnen Länder am chinesischen Außenhandel? Dies geht aus folgender Tabelle hervor:

Der Außenhandel Chinas in den Jahren 1913—1925

	Einfuhr nach China		Ausfuhr nach China	
	In Prozenten der gesamten Einfuhr		In Prozenten der gesamten Ausfuhr	
	1913	1925	1913	1925
England	16,5	9,6	4,0	6,1
Hongkong* . . .	29,0	18,2	29,0	14,7
Japan	20,3	31,0	16,2	24,0
Vereinigte Staaten	6,0	14,7	9,3	18,4

Wir ersehen aus dieser Tabelle den krassen Niedergang des englischen Exports nach China, sowohl des direkten wie des indirekten über Hongkong. Japan und die Vereinigten Staaten nehmen die Stelle Englands ein und gewinnen auch in der Ausfuhr aus China zunehmende Bedeutung. Die Zahlen des Jahres 1926 (vollständige und genaue Zahlen gibt es noch nicht) erweisen noch klarer die niedergehende Rolle Englands im chinesischen Außenhandel, charakterisieren noch deutlicher den Niedergang der englischen Einfuhr.

Wir lassen hier die Zahlen folgen, die die Einfuhr der englischen Fabrikwaren (Manufactured Articles) charakterisieren.

Die Einfuhr von Fabrikwaren aus Großbritannien nach China**

(in 1000 Pfund Sterling)			
1920	21 761	1923	17 290
1921	24 841	1924	19 082
1922	21 847	1925	13 535

Wir sehen also, daß die Bedeutung Chinas als Absatzmarkt für die englischen Waren in den letzten Jahren unablässig nachläßt. England selbst zieht das in Erwägung und hat bei der Verteidigung seiner Interessen in China vor allem nicht Lancashire, sondern die Finanzinteressen im Auge. Damit erklärt sich u. a. auch die Tatsache, weshalb England zum Unterschiede von Japan beispielsweise sich viel leichter zu Konzessionen in der Zollfrage bereit fand. Der zurückgehende Export Englands in China, der in der Hauptsache die wertvolleren, teureren Waren betrifft, kann sich mit einer unbedeutenden Erhöhung der Zollsätze leichter abfinden (es handelte sich bei der Zollkonferenz in Peking um Zusatzzölle von 2 Prozent) als Japan, dessen Export unablässig zunimmt und in der Hauptsache aus billigen Massenartikeln besteht.

Wir gehen nun zu den Industrieinteressen Englands in China über; diese konzentrieren sich auf Eisenbahn, Bergbau, Schifffahrt, Schiffsbau und nur in geringem Grade auf die Textilindustrie. Im Eisenbahnbau spielt England die Rolle des Pioniers. Es hat seine Eisenbahninteressen in der Hauptsache um drei Zentren gruppiert — Hongkong, Schanghai und Peking. Die nach Norden und Süden von Schanghai führenden Eisenbahnen mußten ihm

* Hongkong ist lediglich ein Stapelplatz. Der englische Import bildet gegen 10 Prozent aller über Hongkong eingeführten Waren. Der englische Import im Jahre 1913 war deshalb 16,5 + 2,9 = 19,4 Prozent, im Jahre 1925 jedoch — 9,5 + 1,8 = 11,3 Prozent.

** China Expressand Telegraph 28. 4. 1927.

das Eindringen ins Innere Chinas von diesen Haupttoren aus erleichtern und das Eisenbahnnetz mit dem dichten Netz der Flüsse und Kanäle im Zentrum und Süden Chinas verbinden. Die nach Peking und Mukden sowie von Peking nach Hankau führenden Eisenbahnwege verfolgten neben den wirtschaftlichen Interessen politische und strategische. Indem es in den Eisenbahnen ein relativ nicht sehr großes Kapital, das auf 130 Millionen chinesischer Dollars (1 chines. Dollar = 2,00 M.) geschätzt wird, investierte, kontrolliert England die Oekonomie, die wichtigsten Wirtschaftsgebiete des südlichen, zentralen und zum Teile auch des nördlichen China. Im Norden liegen große englische Kohlenbergbauunternehmen. Es sind die Kailan-Gruben und die Gruben des Peking-Syndikats. Ihre Produktion betrug im Jahre 1924 5 Millionen Tonnen. Das in diesen Unternehmen investierte Kapital wird ungefähr auf 125 Millionen chinesischer Dollars geschätzt und beträgt damit $\frac{1}{4}$ des in der Kohlenindustrie Chinas investierten Gesamtkapitals.

Die Eisenerzinteressen Englands sind überaus unbedeutend und stehen hinter den japanischen sehr weit zurück. Sehr groß dagegen ist die Rolle Englands im Schiffbau und in der Schifffahrt. Die großen Schiffbauanlagen und Werften in Schanghai und Hongkong gehören England. Die Gesamtsumme des in diesem Industriezweig investierten Kapitals ist unbekannt. Bekannt ist nur, daß das in den drei größten Werften Schanghai untergebrachte Kapital 15 Millionen chinesischer Dollars beträgt. Noch bedeutender sind die Schifffahrtsinteressen Englands. Ungefähr $\frac{1}{2}$ des gesamten chinesischen Exportes und Importes erfolgt durch englische Tonnage. In der Fluß- und Küstenschifffahrt entfällt auf englische Schiffe ein noch größerer Anteil: Ungefähr die Hälfte aller Waren wird durch englische Schiffe transportiert. Die Schifffahrt war bis in die letzte Zeit hinein überaus gewinnbringend. Dividenden von 30, 50, 100 und mehr Prozent sind eine gewöhnliche Erscheinung. Aber auch hier beginnt England in den letzten Jahren seine Positionen an Japan und die Vereinigten Staaten zu verlieren. So hat sich schon im Jahre 1925 die englische Tonnage gegenüber dem Vorjahre um 13 Millionen Tonnen verringert. Auf der anderen Seite wächst die japanische Tonnage, die zunächst noch die zweite Stelle einnimmt und die chinesische, die an dritter Stelle steht. Es folgen die amerikanische, deutsche und norwegische. Alle sind in weiterer Zunahme begriffen, in der Hauptsache auf Kosten Englands.

Die Zitadelle des englischen Kapitalismus in China sind jedoch — die Banken. Wenn auch England bezüglich des Umfanges des Bankkapitals den zweiten Platz einnimmt (an erster Stelle steht Japan), so ist doch die englische Honkong-Schanghai-Bank die führende. Drei der größten englischen Banken bestimmen den Rohstoffpreis in China, entscheiden faktisch alle Valutafragen und geben nicht nur in Bankangelegenheiten, sondern auch im Eisenbahnwesen den Ton an. Dies hat England durch seine zentralisierte Politik im Fernen Osten erreicht, die die Bank- und Valuta-interessen nicht nur in China, sondern auch in Indien und den malaiischen Staaten reguliert und auch die Bankinstitute mit dem machtvollen englischen Schifffahrtskapital und ihrem Transportapparat im Stillen Ozean fest zusammenfügte. Man darf nicht vergessen, daß auch die Einnahmen aus Zöllen und Salzsteuern, die große Summen betragen, den englischen

Banken zuströmen und ihre Hilfsquellen steigern. Dies alles gab England die Möglichkeit, bei dem relativ bescheidenen Umfange des von ihm investierten Kapitals (220 Millionen Mark, während das japanische Bankkapital 1250 Millionen Mark beträgt) unter den anderen imperialistischen Staaten in China eine beherrschende Stellung einzunehmen.

Die englischen Bankoperationen bewegen sich nach drei Richtungen: Erstens in der Erteilung von Anleihen an chinesische Firmen. Auf diesem Gebiete arbeitet am ausgiebigsten die Honkong-Schanghai-Bank. Die Operationen dieses Typs betragen Ende 1926 mehr als 1 Milliarde Mark.* Zweitens Eisenbahnanleihen (in Kombination mit der Schwerindustrie). Neben der Hongkong-Schanghai-Bank beschäftigt sich mit diesen Operationen in der Hauptsache die zweitgrößte englische Bank, British and China Corporation. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß es gerade diese Operationen sind, die der Ausgangspunkt der Jagd nach Konzessionen, „Einflußsphären“ und Pachtterritorien waren. Endlich drittens — Anleihen direkt an die Pekingische Regierung. Beginnend mit der Zeit Yuan Schih-kais dienten diese Anleihen zum beträchtlichen Teile zur Unterdrückung der national-revolutionären Bewegung.

Die Gesamtschuld der chinesischen Regierung, zu der auch die Eisenbahn-, Telegraph- und andere Anleihen gehören, betragen gegen 1 Milliarde chinesischer Dollars. Auf den Anteil Englands entfallen davon gegen 400 Millionen chinesischer Dollars.

Die kolossale Kriegsmacht, die Dutzende von Kriegsschiffen, die der englische Imperialismus in China hält, sollen in erster Linie diese Finanzinteressen und die mit diesen verbundenen Konzessionen mit ihrem beweglichen und unbeweglichen Eigentum schützen.

Japan erschien in China viel später als England. Erst seit dem chinesisch-japanischen Kriege (1894—1895) beginnt eine großzügige Ausbeutung Chinas durch das japanische Kapital. Dieses machte und macht im wesentlichen die gleiche Entwicklung durch wie das englische, jedoch in eingeschränkterer und gedrängterer Form. Auch der japanische Imperialismus führt neben Waren in zunehmendem Maße Kapital ein. Es besteht jedoch zwischen der Rolle des japanischen und englischen Kapitals ein wesentlicher Unterschied. Während bei dem letzteren Finanzinteressen vorherrschen, entwickelt Japan, in der Hauptsache auf ein großes Netz von Bankinstitutionen gestützt, in China seine Leicht- und Schwerindustrie. Gleichzeitig wächst unablässig auch der Außenhandel Japans. So entwickeln sich gleichmäßig alle drei Formen der Ausbeutung; das ergibt eine ungewöhnlich „harmonische“ Ausplünderung Chinas.

Was den Außenhandel betrifft, so ersehen wir aus der auf Seite 1035 angeführten Tabelle das unablässige Wachstum des japanischen Imports und Exports in China. Die Bedeutung des chinesischen Marktes für Japan wird klar, wenn man hervorhebt, daß auf den Anteil Chinas 60 Prozent der Baumwollstoffe, 53 Prozent der Baumwollgewebe, 80 Prozent des Papiers, 89 Prozent der Maschinen und Maschinenteile und 99 Prozent der Zuckerraffinade entfallen, die überhaupt aus Japan ausgeführt werden.** Daraus ist auch jener verzweifelte Kampf zu verstehen, den Japan auf der Peking

* L. Burns. *British Imperialism in China*, London, 1926, S. 36.

** Charlinski, „Japan“, Ausgabe 1926. S. 297.

Zollkonferenz gegen die geringste Erhöhung der Zollsätze führte, ein Kampf, der zuletzt zur Auflösung der Konferenz führte.

Im Gegensatz zu England nimmt Japan in der Textilindustrie Chinas einen hervorragenden Platz ein.

Die Zahl der Spindeln in den Textilunternehmen Chinas*

	Chinesische Unternehmen	Englische Unternehmen	Japanische Unternehmen	Insgesamt
1921	2 140 462	259 284	865 920	3 265 000
1924	2 112 154	250 616	1 218 544	3 582 000
1925	1 982 272	205 320	1 273 560	3 461 000
In Prozenten				
1921	66 Proz.	8 Proz.	26 Proz.	
1924	60 "	6 "	34 "	
1925	57 "	6 "	37 "	

Wir sehen also, daß die Entwicklung der Textilindustrie in China in den letzten Jahren ausschließlich zugunsten der japanischen Unternehmungen vor sich geht. Nicht nur der Anteil der englischen, sondern auch der chinesischen Unternehmen geht zurück, der Anteil Japans wächst unausgesetzt. Die Japaner haben den chinesischen Markt vorzüglich studiert und kommen zum Unterschiede von den Engländern ohne die Kompradors aus. Dies schränkt ihre Produktionskosten ein, und damit schlagen sie die englische Konkurrenz. Die enge Verbindung zwischen den japanischen Textilunternehmen und den japanischen Großbanken, wie die Spezie-Bank und andere, gibt ihnen ein großes finanzielles Uebergewicht über die chinesischen Unternehmen. Japan kauft deshalb, indem es die günstige Konjunktur ausnützt, indem es die Schwierigkeiten der Baumwolle erzeugenden Kleinbauern ausnützt, diesen Rohstoff im allgemeinen bedeutend billiger als die chinesischen Unternehmen und schlägt damit deren Konkurrenz. Auch das technische und organisatorische Uebergewicht der japanischen Unternehmen wirkt sich in der gleichen Richtung aus.

Das in den Textilunternehmen investierte japanische Kapital beträgt ungefähr 100 Millionen chinesische Dollars. Einen hervorragenden Platz nimmt auch das chinesische Kapital in der Mühlen-, Oel- und Albumin-Industrie ein.

Bezüglich der Schwerindustrie muß darauf hingewiesen werden, daß Japan hier die erste Stelle einnimmt, wenn man vom Kohlenbergbau und der Eisenerzgewinnung absieht. Im Norden liegen die sehr großen Kohlengruben von Fuschun, die mit den Kailan-Gruben (englisch) konkurrieren. In Zentralchina, im Yangtsetal, liegt das Hanepin-Kombinat, das aus Kohlengruben und Eisengießereien besteht, die durch ein eigenes Eisenbahnnetz verbunden sind. Jährlich werden in China gegen 1¼ Millionen Tonnen Eisenerz gewonnen, die fast vollkommen dem japanischen Kapital gehören. Das Erz wird größtenteils nach Japan ausgeführt. Die Jahres-

* Die Daten für die Jahre 1921/24 sind der Schanghaier Zeitung „China Press“ entnommen, diejenigen für das Jahr 1925 der „Chin. Economic Monthly“.

produktion von Gußeisen beträgt ungefähr 150 000 bis 200 000 Tonnen, die zum beträchtlichen Teile ebenfalls nach Japan für die Versorgung der Maschinenbauindustrie ausgeführt werden. Von 15 Eisengießereien, die in Tsingtau (Provinz Schantung) konzentriert sind, gehören nur vier den Chinesen, die übrigen dem japanischen Kapital. Im Kohlenbergbau Chinas sind an japanischem Kapital 27 Millionen chinesische Dollars investiert.

Das japanische Finanzkapital spielt, wie schon erwähnt, keine so dominierende Rolle wie das englische. Wenn auch Japan ein sehr weites Netz von Banken besitzt (ihre Gesamtzahl beträgt 31) mit einem Kapital, das das englische um das Sechsfache übertrifft, so spielen doch die japanischen Banken im Vergleich mit den englischen eine nebensächliche Rolle. Sie bilden die Hauptstütze der japanischen Leicht- und Schwerindustrie in China. Diese Verflechtung der Bank- und Industrieinteressen hat die Befestigung der Positionen der japanischen Industrie und den Erfolg ihrer Konkurrenz mit der englischen und chinesischen gefördert.

Die China von Japan eingeräumten Eisenbahnanleihen übersteigen die englischen um ein Bedeutendes. Nach der Berechnung des Genossen Kantorowicz* betragen sie gegen 330 Millionen chinesische Dollars und übertreffen damit das englische Eisenbahnanleihekaptal fast um das Dreifache. Japan hat auch seinen bedeutenden Anteil an einer ganzen Reihe von Staatsanleihen, zum Teil an „geheimen“, die ähnlich den englischen den Zweck haben, die Pekinger Regierung in ihrem Kampfe gegen die nationale Freiheitsbewegung zu unterstützen. Diese Anleihen können eben auf Grund ihrer Heimlichkeit nicht genau festgestellt werden. Auf jeden Fall übersteigen sie in ihrer Gesamtheit den englischen Anteil. Popow-Tativa ist der Ansicht, daß Ende 1922 der Anteil Englands 24 Prozent der Gesamtschuld Chinas, der Anteil Japans — 30 Prozent betrug.**

Wenn die englischen Interessen in der Hauptsache in Süd- und Zentralchina konzentriert sind, was, wie wir gesehen haben, in bedeutendem Maße die Richtung des Eisenbahnbaues bestimmt hat, so bilden die „Einflußsphäre“ Japans, wenn man von den Eisenerzinteressen im Yangtsetal abieht, der Norden, insbesondere die Provinz Schantung und vor allem die Mandschurei. In der Mandschurei sind in der Hauptsache die Eisenbahninteressen Japans konzentriert. In diesem Sinne spielt die südmandschurische Eisenbahn eine ganz hervorragende Rolle, wie Genosse Kantorowicz in der von uns zitierten Arbeit richtig hervorhebt.

Die südmandschurische Eisenbahn bildet ein kompliziertes Verbindungssystem, das sowohl die Eisenbahn selbst wie eine ganze Reihe von Eisenbahnabzweigungen und größeren Bergbau- und Industrieunternehmen einschließt. Hier liegen sowohl die Fuschun- und Jantai-Kohlengruben, auch Eisengießereien, Elektrizitätswerke, Gasanstalten, Glas- und Zuckerfabriken. Zum Verwaltungskomplex der südmandschurischen Eisenbahn gehört auch der Hafen von Dalni (Dairen), der mit den letzten Errungenschaften der Technik ausgestattet und nächst Schanghai der bedeutendste Hafen Chinas ist, außerdem Schifffahrtslinien und eine ganze Reihe anderer Unternehmen einschließlich Hotels. Die südmandschurische Eisenbahn bestimmt die gesamte Wirt-

* Kantorowicz. „Das Auslandskapital und die Eisenbahn in China“. 1926. S. 37.

** Popow-Tativa. „China“. S. 353.

schaft der Provinz. Durch Transportgesellschaften organisiert sie den japanischen Handel, indem sie ihre Operationen mit den japanischen Banken kombiniert. Sie unterhält faktisch die ganze chinesische Verwaltung und Polizei. Die Südmandschurei bildet so in Wirklichkeit eine japanische Provinz. Im Jahre 1926 zählte man hier 923 japanische Unternehmen, deren gesamtes eingezahltes Kapital 534 Millionen Yen betrug.* Das gesamte, in der Mandschurei investierte Kapital beträgt gegen 1 Milliarde Yen; davon sind in der südmandschurischen Eisenbahn gegen 400 Millionen Yen investiert. Die Bedeutung der Mandschurei als Rohstoffbasis, die Japan nicht nur mit Erz, Eisen, Gußeisen, sondern auch mit den dem „Mutterlande“ fehlenden Lebensmitteln versorgt, ist von eminenter Bedeutung. Das Bestreben, die Mandschurei in Händen zu behalten, bestimmt die gesamte Politik Japans in China.

Im Kampfe zwischen dem englischen und japanischen Kapital in China gewinnt das letztere das Uebergewicht. Schon jetzt vertreten sowohl Japaner wie Amerikaner die Ansicht, daß Japan dem Umfange seiner Interessen nach in China den ersten Platz einnimmt. So sagt der schon erwähnte Bericht des amerikanischen Informationsbüros gerade heraus: „Die japanischen Investitionen sind zweifellos die allergrößten (by far the largest), — die englischen nehmen den zweiten Platz ein.“ Schon im vorigen Jahre (März 1926) schrieb das in Schanghai erscheinende japanophile Blatt „Far Eastern review“ stolz:

„Japan kontrolliert gegen 60 Prozent der Textilindustrie Chinas, was es im Handel mit Webstoffen zum gefährlichen Konkurrenten Manchesters macht. Die japanischen Schiffe haben in der Küsten- wie in der Flußschiffahrt den alten englischen Firmen einen großen Teil der Ladungen und Passagiere abgenommen. Das in China investierte japanische Kapital hat vermutlich schon jetzt das englische überflügelt. Es naht schnell der Tag, an dem Japans Handel und Industrie gleich dem investierten japanischen Kapital eine beherrschende Stellung in China einnehmen werden. Japans wirtschaftliches Uebergewicht wird seine diplomatische Position in allen zukünftigen internationalen Konferenzen für chinesische Angelegenheiten automatisch stärken. Es kommt die Zeit, wo alle anderen interessierten Mächte die Hegemonie („Leadership“) der Nation abtreten müssen, die die größten Interessen in China hat.“

Wie wir gesehen haben, gehören dem japanischen Kapital nur 37 Prozent der Textilindustrie, das japanophile Blatt kann aber recht haben, wenn es behauptet, daß Japan gegen 60 Prozent der Textilunternehmen in China kontrolliert, da eine ganze Reihe von Unternehmen, die formell den Chinesen gehören, in Wirklichkeit durch das japanische Kapital kontrolliert werden.

Im Vergleich mit den englischen und japanischen Interessen sind die Interessen der Vereinigten Staaten in China bisher nicht groß. Das oben zitierte Informations-Bulletin schätzt das amerikanische Kapital in China insgesamt auf 150 Millionen amerikanische Dollar, wobei die größere Hälfte, und zwar 80 Millionen, auf Missionsunternehmen entfallen, auf Schulen, Hospitäler usw. (wie wir sehen, scheut das amerikanische Kapital keine Ausgaben für Propagandazwecke in China), während auf kapitalistische Unternehmen („commercial undertakings“) ungefähr 70 Mill. amerikanische Dollar entfallen. Diese Ausgaben muß man in ihrem zweiten Teile als zu gering eingeschätzt ansehen, da das amerikanische Kapital sich selbst nicht selten „denationalisiert“: die amerikanischen Kapitalisten sind der Ansicht,

* Bulletin der Koreabank für das Jahr 1926 Nr. 37.

daß die Washingtoner Regierung sie in China nicht genügend schütze und deshalb investieren sie gern ihr Kapital in englischen und japanischen Unternehmungen, die nach ihrer Meinung besser geschützt werden. Viele Unternehmungen, nicht nur amerikanische, sondern auch englische, werden in ihrem Mutterlande gar nicht registriert, und da sie Privatfirmen sind, so machen sie auch gar keine öffentlichen Angaben.

Der amerikanische Anteil am Außenhandel Chinas wächst unaufhörlich. Im Jahre 1913 betrug er 24 Millionen, im Jahre 1923 124 Millionen Dollar. Amerika hat sich im Außenhandel den zweiten Platz erobert (der erste gehört Japan) und hat damit England weit hinter sich gelassen. In Schanghai nimmt die amerikanische Einfuhr laut der Jahresstatistik schon zum zweitenmal sogar den ersten Platz ein. Hauptgegenstand der chinesischen Ausfuhr nach Amerika ist Rohseide, Hauptgegenstand der Einfuhr aus Amerika Petroleum und Schmieröle, dann Blättertabak, Zigaretten, Webstühle, Maschinen, elektrische Ausrüstungen. Die in früheren Jahren fast ausschließlich aus England eingeführten Webstühle werden jetzt in steigendem Maße aus Amerika eingeführt. An der Versorgung mit Ausrüstungsgegenständen für Elektrifizierungszwecke haben die Vereinigten Staaten, Japan, England und Deutschland den gleichen Anteil.

In der Industrie ist die Rolle Amerikas unbedeutend. Große amerikanische Unternehmungen trifft man in China in der Hauptsache in der Tabakindustrie. Das größte unter ihnen ist die British-American Tobacco Co., die in einer ganzen Reihe von Industriezentren Chinas (in Schanghai, Hankau und anderwärts) große Fabriken besitzt.

Die Schifffahrt Amerikas nimmt, wie schon erwähnt, den vierten Platz ein, in der Schifffahrt des Stillen Ozeans jedoch den ersten Platz. So entfielen im Jahre 1924 in der Schifffahrt des Stillen Ozeans auf den Anteil Amerikas 47 Prozent, auf den Anteil Englands 29 Prozent, auf den Japans 19 Prozent der Tonnage.

Im Bankwesen nimmt Amerika den vierten Platz ein und steht hierin nicht nur hinter England und Japan, sondern auch hinter Frankreich zurück. Auch als Kreditor im Eisenbahnbau nimmt Amerika nur einen sehr bescheidenen Platz ein. Das in Eisenbahnen investierte amerikanische Kapital beträgt insgesamt 29 Mill. chin. Dollars und tritt damit nicht nur hinter das französische, sondern auch hinter das belgische zurück.

Amerika hatte mit Hilfe des sogenannten neuen Konsortiums, das sich im Jahre 1920 gebildet hatte, seinerzeit versucht, die ihm gebührende Stelle im Eisenbahn- und Bankwesen Chinas zu gewinnen. Es war dies der Versuch einer praktischen Verwirklichung der Politik der „offenen Tür“ in China. Dank dem Widerstand Englands und noch mehr Japans, das für seine besonderen Interessen im Norden und in der Mandschurei fürchtete, blieb das Konsortium ein totgeborenes Kind. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten bleibt, wie wir sehen, auch auf dem Anleihemarkt wie im Eisenbahnwesen Chinas eine sehr unwesentliche.

Auf diese drei Staaten — England, Japan und Vereinigte Staaten zusammengekommen — entfallen ungefähr 80 Prozent des Außenhandels und auch 80 Prozent des in China investierten Auslandskapitals. Die übrigen Staaten haben weit geringere Bedeutung. Wir wollen nur noch Frankreich kurz erwähnen.

Das in den Eisenbahnen (in der Jünnan- und teilweise Peking-Hankau-Eisenbahn) investierte französische Kapital nimmt mit ungefähr 90 Millionen chin. Dollar den dritten Platz ein. Auch im Bankwesen nimmt das französische Kapital nach seinen Dimensionen den dritten Platz ein und steht damit nur hinter dem japanischen und dem englischen zurück (es beträgt ungefähr 55 Mill. Dollar). Ganz unbedeutend ist die Rolle Frankreichs in der Industrie Chinas; sie beschränkt sich auf einen bestimmten Anteil in der Seidenindustrie und im Schiffbau.

Eine selbständige politische Rolle spielt Frankreich in China in den letzten Jahren nicht und folgt in der Hauptsache der Linie Japans.

Das ausländische Kapital konzentriert in seinen Händen die Eisenbahnen, den See- und Flußtransport, den Kohlenbergbau wie die Eisenerzindustrie, die Hälfte der Textilindustrie und das Bankwesen. Die ausländischen Banken besitzen zwar nur ein Kapital, das um ein wenig nur das chinesische Bankkapital übertrifft, jedoch dank seiner Zentralisierung und seiner engen Verbindung mit den mächtigen Banken des „Mutterlandes“ sowie dank der Finanzierung eines bedeutenden Teiles der chinesischen Mittel- und selbst Kleinindustrie und gestützt auf die zahlreichen Kompradors die Volkswirtschaft Chinas in ihrer Gesamtheit in der stärksten Weise beeinflußt. Dies trifft auch für die Industrie zu. Das im Bergbau angelegte chinesische Kapital entspricht dem japanischen und englischen zusammengenommen; das gleiche gilt auch für die Textilindustrie. Das chinesische Industriekapital, das ebenso wie das Bankkapital zersplittert ist, ist nicht imstande, mit Erfolg gegen das zentralisierte Auslandskapital anzukämpfen, dem schon allein die Privilegien — von allem anderen zu schweigen — eine ungeheure Ueberlegenheit gegenüber dem chinesischen Kapital verleihen. Die zahlenmäßige statistische Methode allein ist für die Beurteilung der relativen Bedeutung des chinesischen wie des ausländischen Kapitals nicht ausreichend: man muß alle in Betracht kommenden Umstände in Rechnung ziehen, die Gesamtheit aller Verhältnisse. Dann wird es auch klar, weshalb die chinesische Industrie ungeachtet aller Erfolge der letzten Jahre gegenüber dem Auslandskapital nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die „Kommandohöhen“ sind noch bis auf den heutigen Tag in Händen der ausländischen Kapitalisten; daher die wirtschaftliche und politische Schwäche der chinesischen Bourgeoisie einschließlich ihres industriellen Teiles.

Die Verbindung von Industrie- und Kompradoreninteressen in einer Hand, wie dies in China nicht selten der Fall zu sein pflegt, hat die Bedeutung der chinesischen Bourgeoisie als eines Faktors der nationalen Freiheitsbewegung geschwächt. Die ganze Geschichte der letzten fünf Jahre ist die Geschichte der Schwankungen der chinesischen Großbourgeoisie. Einer der wichtigsten Faktoren, die das Verhalten der chinesischen Großbourgeoisie bestimmen, sind die Beziehungen der Imperialisten untereinander. Gegensätze und Zusammenstöße im Lager des Imperialismus haben im allgemeinen die chinesische Großbourgeoisie der nationalen Bewegung nähergebracht. Die sich in der letzten Zeit anbahnende, wenn auch nur teilweise Verständigung zwischen England und Japan, und zum Teil auch mit den Vereinigten Staaten, war neben der scharfen Zuspitzung der Klassengegensätze in China das Signal zu einem vollständigen Bruch der chinesischen Großbourgeoisie mit der nationalen Bewegung.

AL. BAD:
„CULTURA PROLETARA“*

Die organisierte Arbeiterschaft Rumäniens, die seit 1921 politisch und seit 1923 gewerkschaftlich gespalten ist, leidet im allgemeinen an großem Mangel von klassischer und moderner marxistischer Literatur. Das Erscheinen der „Cultura Proletara“ ist schon deswegen zu begrüßen, weil die Zeitschrift im Rahmen der Möglichkeit während des in Rumänien noch bestehenden Belagerungszustandes, während der Außergesetzstellung der KP und des Terrors im allgemeinen, über die moderne Literatur unterrichtet. Ja, noch mehr. Man kann sagen: die „Cultura Proletara“ ist gegenwärtig nicht nur die einzige Zeitschrift der organisierten Arbeiterschaft, sondern sie ist die Zeitschrift des bewußten Proletariats, sowohl ihrem Inhalte nach, als auch in bezug auf ihre Herausgeber, welche zum größten Teil Arbeiterführer sind, die bis zum Antikommunistengesetz Mitglieder der legalen KP waren und im vorigen Jahr in der gelegentlich der Parlamentswahlen herausgegebenen Zeitung „Desrobirea“ (die Befreiung) schrieben: wir waren und sind Kommunisten geblieben, und wir werden für die Legalisierung der in die Illegalität getriebenen KP kämpfen. Es sind dieselben Genossen, die den „Arbeiter- und Bauernblock“ leiten, der bei den erwähnten Wahlen 40 000 Stimmen erhalten hat. Deshalb verdient die Zeitschrift eine besondere Aufmerksamkeit seitens der KP Rumäniens. Man kann also sagen: Die „Cultura Proletara“ ist heute die legale revolutionäre, marxistische Zeitschrift in Rumänien.

Die Zeitschrift bessert sich fortwährend. Während die Nr. 1 sehr schwach war, kann man von den letzten Nummern sagen, daß sie ganz gut sind. Der Inhalt ist aus folgendem Material zusammengestellt: soziale Belletristik, allgemein populäre Wissenschaft, internationale ökonomische Lage, innere ökonomische Lage, chinesische Revolution, Lage der Sowjetunion und der KP der Sowjetunion, Uebersetzungen aus der marxistischen Literatur der Vorkriegszeit, Bücherrezensionen usw. Selbstverständlich konnten die großen aktuellen politischen Fragen, die die Arbeiterschaft in erster Reihe interessieren, wie beispielsweise die innere politische Lage, die Gewerkschaftseinheit und die Agrar- und Bauernfrage, nicht vergessen werden. Ueber die Agrar- und Bauernfrage erscheinen regelmäßig sehr lehrreiche Aufsätze von M. Leonin, der, die für die heutige Generation verstaubten Bücher öffnend, die Evolution der Bauernfrage in den letzten 150 Jahren verständlich macht. Die kurzen Beispiele aus dem Leben und der Arbeit der rumänischen Bauernschaft, die der Engländer Wilkinson nach seiner Reise durch Rumänien im Jahre 1821 niederschreiben konnte, wozu „es kein vom Despotismus unterdrückteres und von Steuern und Taxen zertreteneres Volk, wie die Bauern der Moldau und der Walachei gibt“, werden den jungen Genossen die in Rumänien fast periodisch stattfindenden Bauernaufstände verständlich erscheinen lassen und werden auch zum Ansporn des Studiums der Lage der Bauern in der Gegenwart dienen.

Besonders sind folgende behandelte Themen der letzten Hefte hervorzuheben: a) über die politischen Perspektiven in Rumänien und b) über die Gewerkschaftseinheit.

Der Inhalt des ersten Artikels ist ungefähr folgender: Die „Liberale Partei“, die seit 1848 besteht, die mit der Großindustrie Alt-Rumäniens und mit einem Teile der Großindustrie Neu-Rumäniens eng verbunden ist und die einzige Finanzmacht in ganz Rumänien darstellt — ist keine kapitalistisch-bürgerliche Partei, also keine im sozialen Sinne kapitalistisch-bürgerliche Macht, sondern eine finanz-feudale Oligarchie, die an der weiteren Entwicklung der Industrie nicht interessiert ist, ja sie sogar bewußt hemmt und für die weitere Erhaltung der feudalistischen Reste im ökonomisch-politischen Leben ist, also gegen die Vollendung der bürgerlichen Revolution in Rumänien. Der Liberalen Partei — sagt der Verfasser des Artikels, Mincu — stehen die Bourgeoisien der neuen Westgebiete (die rumänische, ungarische und deutsche Bourgeoisie Siebenbürgens und des Banats), die National-Bauernpartei Rumäniens und der moderne kapitalistische Flügel der Averescu-Partei (heute Regierung von Gnaden der Liberalen Partei):

* Monatsschrift, Bukarest, Nr. 1—4 Jahrgang I und Nr. 1—3 Jahrgang II, September 1926 bis März 1927, 320 Seiten.

Manoilescu-Garoflid, gegenüber. Garoflid ist „der Ideologe der Großgrundbesitzer“ und Manoilescu ist für die Öffnung der Tore für das Auslandskapital. Da diese neue und „echte“ Bourgeoisie sich gegen die Eroberung seitens der „finanz-feudalen Oligarchie der Liberalen Partei“ wehren muß, bildet erstere eine antiliberalen Front. Und da wir, „die bewußte Arbeiterschaft Rumäniens“ die sozialistische Revolution wollen und machen müssen, die sozialistische Revolution aber ohne die Vollendung der bürgerlichen Revolution unmöglich ist und da die Liberale Partei, d. h. die politisch-ökonomische Macht im Lande gegen diese Vollendung ist, muß die Arbeiterschaft, d. h. die politische Avantgarde, im Prozeß des Kampfes für die soziale Revolution, für den antiliberalen Block sein. Wörtlich sagt Mincu in seinem Artikel:

„Zweifellos ist die richtige Linie der bewußten Arbeiterschaft, die politische Tätigkeit der breiten Massen der Arbeiter, Bauern und nationalen Minderheiten auf das höchste zu steigern und so zusammen und parallel mit den bürgerlichen Parteien — für die Verwirklichung der Tagesforderungen der Massen — die Oligarchie zu schlagen.“

„Die gegenwärtigen Aufgaben der bewußten Arbeiterschaft, unter der Führung ihrer Avantgarde, sind: den Massen den wirklichen Sinn der heutigen Kämpfe zwischen der oppositionellen Bourgeoisie und die Oligarchie zu zeigen; den Massen den Weg und die Mittel zu zeigen, mit welchen die Arbeitermassen den Kampf gegen die Oligarchie parallel mit der National-Bauernpartei, eventuell verbündet mit dem Manoilescu-Garoflid-Flügel der Volkspartei zu führen haben“ usw. (Cultura Proletara Nr. 1, II. Jahrgang, Seite 7 und 8. Unterstreichungen von mir. Al. B.)

Erstens bin ich der Meinung, daß die These Mincus vollkommen unrichtig ist. Wahr ist, daß die Kapitalistenklasse selbst, in einem gewissen Stadium der sozialen Entwicklung, ein Hemmnis dieser Entwicklung bildet. Das bedeutet aber noch nicht, daß das Finanzkapital eine feudal-antibürgerliche Oligarchie darstellt und daß man in den Reihen der Bourgeoisie Einheitsfrontler der Arbeiterklasse gegen die Oligarchie suchen kann und finden muß. Die Liberale Partei ist heute die Besitzerin des Finanzkapitals in Rumänien, die Hunderte von Großbetrieben vermittelt der Banken leitet und beeinflußt, und es ist falsch, von den Liberalen als von einer Feudal-Oligarchie zu sprechen, auch wenn manche Ausbeutungsmethoden der Liberalen sogar der Feudal-Epoche entsprechen. Die in den letzten Monaten stattgefundenene politische Umgruppierung, die Konzentration der rein bürgerlichen Elemente im Lager der Liberalen, zeigt um so mehr, das Mincu im Unrecht ist.

Zweitens ist die „politische Linie“ Mincus nicht nur keine „revolutionär-marxistische“, sondern eine opportunistische. Wenn auch unter gewissen Umständen und in gewissen Momenten gegen die bürgerliche Herrschaft ein Teil der Bourgeoisie — die sich zeitweilig in oppositionellen bürgerlichen Parteien befindet, — steht, verlieren dadurch diese oppositionellen Parteien überhaupt nicht ihren „rein bürgerlichen Charakter“ und werden bei einer Verschärfung der Klassengegensätze ohne Zweifel immer mit der bürgerlichen Herrschaftsmacht gegen die Arbeiterklasse sein. Das ist nichts für die Nationale Bauernpartei Rumäniens. Vollkommen richtig, daß für die Vollendung der bürgerlichen Revolution das Proletariat verbündete im Kampf suchen und die Hegemonie in diesem Kampfe haben muß. Aber zu glauben, daß die Averescu-Partei als ganzes oder auch nur einer ihrer Flügel der Verbündete der Arbeiterklasse sein kann, ist einer der größten Fehler für einen Marxisten. Eine solche Politik, wenn auch im kleinsten Maßstabe, hat die revolutionäre Arbeiterorganisation in Rumänien Anfang 1926 getrieben, was zum Schaden der Arbeiterbewegung war.

Mehr kann man in einer Rezension nicht darüber sagen. Das Wort hat das ZK der KP Rumäniens, da unser Freund Mincu seine These für „die Avantgarde der Arbeiterklasse“ geschrieben hat, und um so mehr, da diese Frage in der „Resolution des EKKI zur rumänischen Frage“ und in einem Artikel des Genossen Martynow klar analysiert und richtig abgeschätzt wird.

Das zweite in der „Cultura Proletara“ behandelte Thema, das ich erwähnen wollte, ist die Gewerkschaftseinheit in Rumänien. Genosse Sain, gewesener Generalsekretär und heute noch Mitglied des Zentralrates der Unitären Gewerkschaften, schrieb im Januarheft folgendes:

„Die Verhandlungen in Kluj haben bewiesen . . . , daß heute die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Unitaristen ungeheuer groß und sogar in den Reihen

der unitären Elemente vorhanden sind, die sich von unserer Konzeption über die Einheit soweit entfernt haben, daß sie von den Sozialdemokraten nicht mehr zu unterscheiden sind.“

In der Einheitsfrage bestehen jetzt drei Auffassungen: 1. die offizielle der SD, die glaubt, daß „es eine moralische Pflicht jedes Arbeiters ist, Mitglied der SD-Partei zu sein“ und daß „die Kommunisten verstehen werden, daß sie in der Leitung der Gewerkschaften nichts zu suchen haben und selbst fortgehen werden“; 2. die Auffassung Kristescus und der drei Verbandssekretäre innerhalb der unitären Gewerkschaften, die den „politischen Pessimismus“ in der Bewegung darstellen und die „schlimmer als die SD“ sind; 3. die linke „unitäre Auffassung“: „Die Vereinheitlichung wird als Mittel für die Konzentrierung der Massen betrachtet. . . . Die Organisationen müssen eine zentralisierte Leitung auf Grund der breitmöglichsten Arbeiterdemokratie haben und auch eine klare Ideologie, die eine intransigente Taktik eines energischen und entschiedenen Klassenkampfes geben soll.“ Die Gewerkschaften müssen für jeden Arbeiter, ganz gleich welche politische Meinung er vertritt, geöffnet sein, wie auch innerhalb der Organisationen die Freiheit der Kritik garantiert werden muß. Durch den praktischen Kampf für die Tagesforderungen in den Betrieben selbst, d. h. durch die Arbeiter-Einheitsfront von unten wird eine wirkliche Gewerkschaftseinheit möglich sein.

Der Kongreß, der im Januar verboten, und im Februar, nach dreistündiger Tagung in Sibiu von den von der Regierung bestellten Faschisten aufgelöst wurde, hat einen guten Anfang zur Klärung dieser Frage gebracht. Im Märzheft der „Cultura Proletara“ schrieb darüber ein Arbeiter Wartedsch: Die Gewerkschaftsmassen zwangen Goldstein (rechts), auf den Bericht für den Anschluß an Amsterdam zu verzichten.

„Immerhin ist es für uns unverständlich, wie der Generalrat für dieselbe Frage zwei Punkte auf die Tagesordnung setzten konnte. Es war leicht zu sehen, daß die Lösung, die der Kongreß dem ersten Punkt (Gewerkschaftseinheit gegeben hätte, auch die Lösung der zweiten Frage (Anschluß an Amsterdam, Al. B.) bedeutet hätte.“

Der Genosse hat recht, er soll sich aber nicht wundern. Die unitären Gewerkschaften sind nicht den reformistischen, die Kommunisten ausschließen, ähnlich. So lange der rechte Flügel auf dem Punkt 4 bestanden hat, mußte man eben mit der Masse, mit dem Kongreß, mit der prinzipiellen Lösung der Einheitsfrage antworten. Was auch geschehen ist. Ferner schreibt Wartedsch:

„Polizei und SD terrorisierten die linken Gewerkschaften und zeigten ihnen gleichzeitig den Amsterdamer ‚Rettungsgürtel‘. Ich habe an Ort und Stelle den Eindruck bekommen, daß der Kongreß eine vollständige Niederlage für den rechten Kristescu-Flügel gewesen ist.“

Ich muß hier betonen, daß diese Möglichkeit in erster Linie der Arbeit der KP Rumäniens auf dem Gewerkschaftsgebiet zu verdanken ist.

Die Schwierigkeiten für die unitären Gewerkschaften sind aber bei weitem nicht vorbei. „Die der Sowjetrepublik benachbarten Länder — steht in obigem Aufsatz — werden das Kanonenfutter liefern, England — das Kapital“, deshalb kann die rumänische Bourgeoisie die Organisierung einer klassenbewußten Arbeiterschaft nicht dulden.

Zum Schluß möchte ich noch die sehr guten Artikel Margules über „Das Ende des englischen Kohlenstreiks“ und über „Die chinesische Revolution“ erwähnen.

WLADIMIR ILJITSCH
L E N I N
 S Ä M T L I C H E
W E R K E

Nach sorgfältiger Vorbereitung und im Anschluß an die neue russische, vom Lenin-Institut herausgegebene Ausgabe bringt der unterzeichnete Verlag eine autorisierte Gesamtausgabe der Werke Lenins in deutscher Sprache heraus. Die Ausgabe umfaßt etwa 28 Bände, von denen jeder 500 bis 600 Seiten stark ist. Um möglichst breiten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft die Anschaffung der Werke zu erleichtern, hat sich der Verlag entschlossen, eine Subskription einer verbilligten Organisationsausgabe aufzulegen. D. h. bei Bestellung bis 31. Mai und sofortiger Bezahlung des Betrages kostet:

der Band in Ganzleinen		der Band broschiert	
bis 31. Mai	ab 1. Juni	bis 31. Mai	ab 1. Juni
M. 5,—	M. 8,—	M. 4,—	M. 6,—

Die Subskription des ersten Bandes verpflichtet nicht zur Abnahme der Gesamtausgabe. Bestellen Sie heute noch in Ihrer Buchhandlung, beim Literaturobmann oder beim Verlag direkt unter gleichzeitiger Einzahlung des Betrages (Postscheckkonto: Berlin 221 40)

Als erster Band erscheint

Mitte Juni 1927 Band XIII:

MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS

Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie

Einleitung

Inhalt

- I. Die Erkenntnistheorie des Empiriokritizismus und des dialektischen Materialismus
- II. Der dialektische Materialismus und das Ding-an-sich
- III. Der dialektische Materialismus und die Metaphysik
- IV. Die philosophischen Idealisten als Mitkämpfer und Nachfolger der Empiriokritizisten
- V. Die neue Revolution in der Naturwissenschaft und der philosophische Idealismus
- VI. Der Empiriokritizismus und der historische Materialismus

Anhang: Zehn Fragen an den Referenten / Zur Frage der Dialektik / Anmerkungen / Namenregister usw.

Das Buch ist eine gründliche Abrechnung mit dem Revisionismus auf dem Gebiete der marxistischen Philosophie. Lenin weist darin nach, daß der sogenannte „Empiriokritizismus“ (die mit dem Namen Ernst Mach und Richard Avenarius verknüpfte philosophische Richtung, daher auch „Machismus“ genannt), der eine gewisse Zeit in einigen marxistisch sein wollenden Kreisen Eingang gefunden hat, nichts anderes ist als eine neumodische Spielart des altbekannten philosophischen Idealismus, also letzten Endes eine modernisierte Pfafferei. Aber mehr als das. Wie seinerzeit bei Friedrich Engels die Polemik gegen Eugen Dühring dazu diente, seine eigenen philosophischen Anschauungen und die von Marx positiv zu entwickeln, so bietet Lenin die Auseinandersetzung mit dem Machismus nur den Anlaß, um positiv eine zusammenhängende Darstellung des dialektischen Materialismus, der dialektischen Methode und kommunistischen Weltanschauung, wie sie von Marx und Engels begründet wurde, zu geben und auf unsere Zeit anzuwenden, im Zusammenhang mit den Umwälzungen in der Naturwissenschaft.

ZU DEN PROBLEMEN DER CHINESISCHEN REVOLUTION

Zwei bedeutende Neuerscheinungen

TAN PING-SCHAN

Entwicklungswege der chinesischen Revolution

Mit einem Vorwort von K. A. Wittfogel und Raskolnikow

Aus dem Inhalt: Die neue Etappe in der Entwicklung der chinesischen Revolution und der Differenzierungsprozeß der Klassen / Die Frage der Kuomintang / Die Gewerkschaftsbewegung / Die Bauernfrage / Die Frage der städtischen kleinen und mittleren Kaufleute / Die Jugendbewegung / Die Frauenbewegung / Lage und Tätigkeit der Partei

Abgesehen von den Thesen zur chinesischen Frage, die die 7. Plenartagung des Erweiterten EKKI angenommen hat, stellt der Bericht des Genossen Tan Ping-schan die letzte ausführliche Analyse der Klassenkräfte der chinesischen Revolution von führender kommunistischer Seite dar. Die Broschüre bringt wichtiges Material zum Verständnis der Ereignisse in China.

32 Seiten

Preis 10 Pfennig

N. BUCHARIN

Die Probleme der chinesischen Revolution

Aus dem Inhalt: Die internationale Bedeutung der chinesischen Revolution / Der Imperialismus, Feudalismus und der Charakter der chinesischen Revolution / Perspektiven der chinesischen Revolution / Die nationalrevolutionäre Front und der Klassenkampf / Einige grundlegende taktische Probleme der chinesischen Revolution / Die Krise der nationalrevolutionären Bewegung und die Aufgaben der Arbeiterklasse

64 Seiten

Preis 30 Pfennig

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
Hamburg Berlin NW 6

Der Niedergang des holländischen Imperialismus

SEMAOEN:

INDONESIEN HAT DAS WORT

Die Machenschaften der englischen Imperialisten in China, die blutige Unterdrückung der Volkserhebung auf Java durch die holländischen Kolonialimperialisten erfordern die gespannteste Wachsamkeit des europäischen Proletariats.

In der vorliegenden Broschüre nimmt der aus Indonesien verbannte Javaner Semaeon, der Leiter des indonesischen Eisenbahnerstreiks von 1923, das Wort zu den Problemen des Fernen Ostens, insbesondere zu denen Niederländisch-Indiens. Nach einem geschichtlichen Rückblick und einer Kennzeichnung der wirtschaftlichen Bedeutung des Archipels schildert er in eindringlicher Weise Entstehung und Kampf der nationalrevolutionären und proletarischen Bewegung Indonesiens und entwirft die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Völker Asiens und des Weltproletariats gegen den Imperialismus.

44 Seiten / Farbiges Titelblatt von John Heartfield / Preis 40 Pfg.

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
Hamburg Berlin NW 6

Im Lande

der Roten Fahne

Bericht der 2. deutschen Arbeiterdelegation
240 Seiten 2 Karten und Illustrationen Preis 1.— Mk.

Diesen Bericht muß jeder lesen!

Zu beziehen durch alle Literaturstellen, durch jede Buchhandlung oder direkt durch

LITERATUR-VERTRIEB G.m.b.H. Berlin SW 61
Planufer 17 Postscheckkonto: Berlin 46369